

Programm 2014



Entwicklung findet Stadt.

Unsere Programmpunkte im Überblick

	Seite
Vorwort	3
Das Stadtentwicklungskonzept Erkrath: Miteinander gestalten. Miteinander erleben.	4
-Wo setzen wir an? -In Erkrath muss gehandelt werden -„Gemeinsam Zukunft nachhaltig gestalten“ -Leitziele und Projektideen des StEK -Die Blockade durch CDU und Grüne beenden	
Die Finanzen der Stadt	10
-Die Haushaltssituation -Solider Haushalt durch Wirtschaftsförderung	
Nebenkosten in den Griff bekommen / Stadtwerke	17
-Faire und transparente Fernwärmepreise -Stromtarife -Trinkwasserversorgung -Fachverstand vor Parteienpräsenz in den Gremien u.a.	
Umwelt- und Landschaftsschutz	19
-Schutz der grünen Außenflächen -Deponie Hubbelrath -Klimaschutz, atomstromfreier Strom -Naturschutzzentrum Bruchhausen sichern -Investition in sparsame Straßenbeleuchtung -Lärmschutz-Aktionspläne u.a.	
Kommunikation und Mobilität	22
-Datenzugang in Erkrath -Tempo 30, Spielstraßen -ÖPNV (Busse, Bahnen) -Radverkehrskonzept u.a.	
Familienfreundliche Stadt von Anfang an: Wir investieren in Kinderbetreuung, Schulen, Bildung, Jugend	24
-Betreuung in Tagespflege und Kindertagesstätten; -Hilfen für Familien -Gute Schulen und Ganztagesbetreuung	
Jung-sein in Erkrath	28
-Jugendarbeit -Neubau des Jugendcafés Hochdahl -Jugendrat	

Senioren – zufrieden in Erkrath alt werden	29
-Wir werden weniger und älter - das Stadtentwicklungskonzept als Antwort	
-Unsere Vorstellungen	
-Im eigenen Wohnumfeld bleiben können	
-Mehrgenerationenwohnprojekte	
Stärkung des Ehrenamtes	31
-Ehrenamtskarte	
-Ehrenamtsbörse	
Solidarität, Kultur und Sport – lebenswerte Stadt	31
-Rettung von „Rundum“ (Sozialkaufhaus)	
-Behindertenbeauftragte,	
-Flüchtlingsbetreuung, Integration fördern,	
-„Fair-Trade“-Stadt	
-Kultur- und Sportleben in Erkrath	u.a.
Sicherheit und Stadtbild	33
-Neubau der Feuer- und Rettungswache	
-CO-Pipeline	
-Aktion „Sauberes Stadtbild“	u.a.
Für Erkrath aktiv: Unsere ersten 15 Kandidaten	36
Die Kommunalwahl am 25. Mai 2014: Durchblicken. Zukunft wählen. Mitmachen.	39

Vorwort

In unserem Programm finden Sie mit Blick auf die städtischen Finanzen keine Auflistung von populären Wahlversprechen. Wir analysieren, nehmen Stellung, nennen die Argumente, die wir in die Diskussion einbringen. Die Sache hat Vorrang vor den Kandidaten: Diese stellen wir kurz am Ende des Programmes vor.

Das Programm der *BmU* ist kein klassisch reines Wahlprogramm. Anhand unserer Arbeit in der Vergangenheit und Gegenwart, welche man durch unsere Dokumentationen auf www.bmu-erkrath.de nachvollziehen kann, sowie unseren Vorhaben für die Zukunft können Sie sich allerdings ein Bild von unserer Verlässlichkeit machen. Das Programm der *BmU* ist nicht als Prognose der Zukunft zu verstehen, sondern unterliegt, wie auch schon die zurückliegenden Programme, einer ständigen Kritik und Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen.

Das hier vorgelegte Programm soll keine vereinfachte, verkürzte Darstellung sein. In unseren Flyern, auf unserer Homepage bzw. in Facebook bringen wir die Dinge auf den Punkt, hier zeigen wir exemplarisch einige Argumentationsstränge auf.

Stadtentwicklungskonzept (StEK) Erkrath:

Miteinander gestalten. Miteinander erleben.

Wo setzen wir an?

Erkrath, Fundort des Neanderthalers ist eine Marke, die wir nicht nur auf den neuen Ortseingangsschildern durchgesetzt haben.

Erkrath hat etwas zu bieten:

- Vielfältige Naherholungs- und Naturschutz-Gebiete
- Die unmittelbare Nähe zur Landeshauptstadt, zu Universitäten und zu Fachhochschulen
- Die gute Infrastruktur durch günstige Anbindungen an zwei Flughäfen, an zwei Autobahnen und an das Schienennetz
- Gute Schulen, lebendige Kultur
- Engagierte Bürgerinnen und Bürger
- Unternehmen mit Weltruf
- Regional aktiven Handel und ebenso aktives Gewerbe mit interessierter Kaufmannschaft

In Erkrath muss gehandelt werden

Politisches Handeln erfordert eine nachhaltige Strategie auf der Basis solider Finanzen, entwickelt im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern:

Das ist ein Stadtentwicklungskonzept. (StEK)

Die Einwohnerzahl hat von 49.659 Personen (Stadt Erkrath 1995) auf nur noch 43.690 Einwohner (Ergebnis des Mikrozensus 2011) abgenommen. In den letzten Jahren stagniert oder verbessert sich die Einwohnerzahl etwas. Der Anteil der älteren Mitbürger steigt. Bis 2020 ist jeder Vierte Erkrather 60 Jahre oder älter. Erkrath wird internationaler, der Anteil an aus dem Ausland zugezogenen Familien wird weiter zunehmen. Wir brauchen eine Analyse: Wie entwickelt sich die Einwohnerzahl, wer verlässt aus welchen Motiven Erkrath, wer zieht aus welchen Gründen zu? Dies ist notwendig, um die vorhandene Infrastruktur zu halten, finanzierbar zu halten und zu verbessern.

Das alles ist nicht neu, aber nur die *BmU* hat seit 1999 klare und umfassende Vorstellungen über die Zukunft von Erkrath vorgelegt und strategisch angepackt:

Die Vision „Erkrath 2020“.

http://www.bmu-erkath.de/Erkrath_2020/Erkrath%202020.htm

Seit 1998 hat die *BmU* das Stadtentwicklungskonzept gefordert. Es wurde zunächst von allen Parteien abgelehnt. Immer mehr wurde aber klar, dass Passivität die Zukunft Erkraths verspielt. Der Wahlerfolg 2009 hat es uns ermöglicht, diese zentrale Forderung auf den Weg zu bringen.

Damit angesichts der demographischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Herausforderungen die richtigen Entscheidungen getroffen werden, brauchen wir das Stadtentwicklungskonzept.

Moderiert vom Ingenieur-Büro „plan-lokal“ fanden 35 Veranstaltungen in Erkrath statt. Die Hoffnungen auf hohe Bürgerresonanz wurden übertroffen, viele konkrete Ideen wurden in den Veranstaltungen, die in den Stadtteilen durchgeführt wurden, von den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt oder gingen online ein.

Über 110 Vorschläge wurden erarbeitet, die sich in 60 Projekten mit einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen wiederfinden.

„Gemeinsam Zukunft nachhaltig gestalten“

So lautet das Leitbild des Erkrather Stadtentwicklungskonzeptes. Formuliert wurde dieses von der *BmU*!

Die *BmU* setzt darauf, dass dieses Konzept, welches die einzelnen Themenfelder verknüpft, das politische und verwaltungsmäßige Handeln in der Stadt Erkrath in den nächsten 10-15 Jahren nachhaltig bestimmt. Es handelt sich dabei um ein vernetztes Konzept für die nächsten 10-15 Jahre, das schrittweise in seinen vielschichtigen Leitzielen und Projekten in den nächsten Jahren umzusetzen ist. Das Gesamtkonzept muss dabei immer richtungsweisend sein. Es darf nicht zum Steinbruch verkommen, aus dem wahllos einige Elemente herausgebrochen werden.



Leitziele und Projektbeispiele des Stadtentwicklungskonzeptes

StEK Leitziele sind:

- Erkrath – Lebensqualität im intakten Natur- und Landschaftsraum
- Erkrath – lebenswerte Stadt für Jung und Alt
- Erkrath - attraktiver und dynamischer Wohnstandort
- Erkrath – lebendige Kultur- und Bildungslandschaft
- Erkrath – innovativer Wirtschaftsstandort mit nachhaltigen Entwicklungsstrategien
- Erkrath – aktiver Partner in der Region
- Erkrath – bürgernah, sozial, integrativ

Beispiele für **Projekte in den Themenfeldern** sind u.a.:

StEK Wohnen - Leben - Integration

- Runder Tisch Wohnungsmarkt und Entwicklung im Bestand
- Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen
- Beratungsangebote zur (barrierefreien) Umgestaltung von Wohnungen
- Seniorenwohnangebote für durchschnittliche Einkommen
- Einrichten von Demenzwohngruppen
- Mehrgenerationenwohnprojekt an der Schmiedestraße
- Mehrgenerationenhaus in Unterfeldhaus
- Entwicklungskonzept Düssel-West
- Aufwertung des Stadtweiher und Umgebung

- Entwicklungskonzept Alt-Hochdahl (Hildener Straße und Hauptstraße – 17 neue und günstige Reihenhäuser werden am Haltepunkt Hochdahl bereits 2014 realisiert)
- Interkulturelle Gärten in Sandheide
- Stärkung des Integrationsrates
- Angsträume beseitigen

StEK Soziales – Bildung - Sport

- Lebenslanges Lernen – Maßnahmenbündel
- Qualifizierung von Jugendlichen (im Übergang Schule – Beruf)
- Unterstützung von Nachbarschaftsprojekten/- netzwerken
- Sport für alle Alters- und Gesellschaftsgruppen/ Vereinsarbeit unterstützen
- Ausbau der Tagespflege für Senioren
- Konzeption Bürgertreffpunkt/ (mobiles) Bürgerbüro für Unterfeldhaus
- Räume für die lokale Kunst

StEK Wirtschaft – Gewerbe – Tourismus – Kultur

- Ansprechpartner Wirtschaftsförderung
- Stadtmarketing („Image“)
- Aufwertung des Gewerbebestandes, besonders in Unterfeldhaus
- Leerstandsmanagement/Flächenbörse im Internet
- ÖPNV abends verbessern
- Netzwerk Gastronomie – Kultur
- (Gewerbe-)Entwicklung Wimmersberg

StEK Einzelhandel – Zentren – Stadtbild

- Entwicklungskonzept Neuenhausplatz
- Belebung der Zentren (u.a. Hochdahl Arcaden, Bahnstraße)
- Ortseingänge
- Wettbewerbe für wichtige Bauvorhaben

StEK Natur – Umwelt – Klima

- Mobilitätskonzept Erkrath
- Beratungsangebote zur energetischen Haussanierung
- Grünflächen ökologisch und gestalterisch aufwerten
- Masterplan Park- und Waldpflege
- Regenwasserabkopplung in Neubauten
- Erlebniswege durch die Stadt
- Impuls „Urban Farming“
- Kommunales Klimaschutzkonzept
- Teilnahme am European Energy Award

Noch mehr über das Stadtentwicklungskonzept und die einzelnen Maßnahmen erfahren Sie auf **www.zukunft-erkrath.de**

Diese Seiten werden von „plan-lokal“ betrieben und enthalten umfassende Informationen, Dokumentationen und Ergebnisse zum Stadtentwicklungskonzept.

Die Blockade durch CDU und Grüne beenden

„Erkrath ist wach geküsst“ titelt die WZ in ihrem Bericht über die Reaktion der Bürgerschaft bei der Abschlusspräsentation des Stadtentwicklungskonzeptes. Aber eine engagierte Bürgerin mahnte auch: „...“, dass der Ritter, der Erkrath wach geküsst habe, auf seinem Pferd davon reiten könnte.“

Es gibt also eine Menge zu tun. Und die Zukunft wartet nicht.

Die *BmU* weiß sich diesem Konzept, an dem viele Erkrather und Erkratherinnen engagiert mitgearbeitet haben, verpflichtet und will es in der nächsten Wahlperiode zum Leitprinzip ihres politischen Handelns machen.

CDU und Grüne haben gemeinsam 2013 das Stadtentwicklungskonzept abgelehnt und somit die Zukunft Erkraths auf Eis gelegt!

Vereinfacht gesagt:

Die CDU will so viel Außenfläche wie möglich sofort bebauen.

Die Grünen hingegen wollen keine neuen Flächen, selbst wenn sich dies in Zukunft als erforderlich erweisen sollte.

Das passt zwar nicht zusammen, umso mehr schadet diese Blockade Erkrath.

Übrig bleibt das „Ausschlachten“ des Stadtentwicklungskonzeptes. So wollen die Grünen z.B. das von der *BmU* angeregte „Urban Farming“ in Erkrath unterstützen. Das ist zwar gut, als Teil eines Konzeptes allerdings deutlich wertvoller.

Stadtentwicklung im Einklang mit dem Erhalt von Natur und Umfeld. Dafür steht die *BmU*. Die Bebauung einer Innen- oder Außenfläche muss ökologisch, fiskalisch und sozial vertretbar sein. Die ökologischen Aspekte sind während der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes für alle in Frage kommenden Flächen einer Vorprüfung unterzogen worden.

Auch wenn die CDU gerne anderes behauptet: Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus sind nie, wie die Grünen es wollten, aus der Prüfung genommen worden. Die *BmU* hat sich stets für den ergebnisoffenen Prozess eingesetzt, an dessen Ende beide Flächen gutachterlich als weniger geeignet eingestuft worden sind.

Ein wesentliches Ziel des Stadtentwicklungskonzeptes: Einwohnerverluste in Zukunft zu vermeiden und die Folgen des demographischen Wandels zu mildern.

Dabei hat die Attraktivierung des vorhandenen Bestandes Vorrang vor der Flächenentwicklung am Rand der Stadt. Wenn wir ausreichend junge Familien nach Erkrath bringen, um die Infrastruktur zu halten, brauchen wir keine Entwicklung am Stadtrand. Dafür setzen wir uns ein.

Eine Stadt der Nachbarschaften, familienfreundlich, lebenswert, naturnah.

Kurze Wege zum Einkaufen, sichere Straßen, Pflege der Nachbarschaften, die Aufwertung des Umfeldes, Schulen in der Nähe:

Das und noch mehr verstehen wir unter lebendiger Infrastruktur.

Die Stadt muss für ältere Bürger ebenso attraktiv sein wie für junge Familien.

Dazu gehört auch, dass das Stadtentwicklungskonzept über die Jahre unter Einbeziehung der Bürger reflektiert und aktualisiert wird.

Die Finanzen der Stadt

Die Haushaltssituation

Ihnen wird bei der Wahl Vieles von Vielen versprochen. Kümmern diejenigen, die das Geld ausgeben wollen sich auch konkret darum, wie es wieder hereingeholt werden kann? Wenn nicht, dann handeln sie auf Kosten der kommenden Generation, dann geht das zulasten sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Wir suchen die Balance zwischen Ökologie, Ökonomie und sozialer Gerechtigkeit.

Was wir heute in Anspruch nehmen, sollen nicht unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. Was wir selbst geerbt haben, soll der nachkommenden Generation übergeben werden.

Aufwendungen in Mio. EUR, gerundet						
Ergebnis	Personal- aufwand	Versorgungs- Aufwand	Sach- und Dienst- leistungen	Zins-/ Finanz- Aufwände	Transfer- zahlungen	Sonstige Aufwände
2008	19,3	0,9	14,1	2,4	37,0	4,4
2009	19,7	1,0	15,1	2,0	36,2	3,6
2010	20,4	1,2	16,9	1,9	37,6	3,3
2011	21,3	1,2	17,3	2,0	38,8	3,1
2012	22,4	1,1	15,3	1,9	41,8	3,8
Ansatz						
2014	25,5	1,3	20,1	1,7	41,4	3,7

Die Ausgaben im Haushaltsplan der Stadt Erkrath steigen.

Die Personalausgaben sind schon knapp bemessen, wenn man das daran misst, wie häufig bürgerfreundliche Beschlüsse des Rates wegen Personalknappheit nicht umgesetzt werden. Die größte Position sind Transferauszahlungen, darunter die Kreisumlage mit dem höchsten Posten. Ausgaben, welche der Stadtrat gar nicht beeinflussen kann.

Also müssen die Sach- und Dienstleistungen auf den Prüfstand. Dabei kann man nicht viel an den geringen freiwilligen Leistungen, welche die Stadt oft erst lebenswert machen, sparen. Wir würden es für fatal halten, z.B. an den Bildungsaufgaben zu sparen. Also müssen selbst die Standards der Pflichtaufgaben überprüft werden. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Verbindlichkeiten der Stadt Erkrath:

Art der Verbindlichkeiten		Gesamtbetrag am Ende des Vorjahres/ Ende 2012	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 2014	voraussichtlicher Stand zu Ende des Haushaltsjahres 2014
		TEUR	TEUR	TEUR
1.	Anleihen	0	0	0
2.	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	32.713	30.633	33.141
2.1	von verbundenen Unternehmen	0	0	0
2.2	von Beteiligungen	0	0	0
2.3	von Sondervermögen	0	0	0
2.4	vom öffentlichen Bereich	0	0	0
2.5	vom privaten Kreditmarkt	32.713	30.633	33.141
Summe Investitionskredite		32.713	30.633	33.141
* nachrichtl. darin enthalten: geteiltes Darl. Abwasserbetr.		446	403	357
3.	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	19.300	22.300	25.300
4.	Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0	0	0
5.	Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung	703	300	300
6.	Verbindlichkeiten aus Tranferleistungen	30	50	50
7.	sonstige Verbindlichkeiten	958	600	600
8.	Erhaltene Anzahlungen	842	700	700
9.	Summe aller Verbindlichkeiten	54.546	54.583	60.091

nachrichtlich:

Bürgschaften		0	0	0
a)	- für Schulden d. Stadtwerke Erkrath GmbH	5.835	4.559	3.230
b)	- für Schulden der Regio-Bahngesellschaft mbH Anteil Erkrath	46	39	33

- **Land und Bund lassen die Kommunen im Regen stehen:**

Das Problem für die Kommunen ist, dass Bundes- und Landeszuwendungen nicht sicher vorhersehbar sind und Land und Bund sich immer mehr finanziell aus Projekten zurückziehen, die sie einmal anschoßen haben. So verlagern Bund und Land die Lasten immer mehr auf die Kommunen, um selber verfassungsgerechte Haushalte zu erreichen.

Auszug aus dem Finanzplan 2014

	2012	2013	2014	2015
17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16)	2.920.781,45	-5.875.574	-3.422.230	-936.350

Deshalb hat die *BmU* in Kreis und Stadt angeregt, bei künftigen Haushaltsplänen einen **Konnexitätsbericht** vorzulegen, der Transparenz schafft, wie hoch der Aufwand ist, um Aufgaben zu erfüllen, die von Land und Bund auf die Kommunen übertragen wurden. Im Kreis war nur die CDU dafür, in Erkrath waren alle Parteien dagegen! Sie wollen wohl nicht wissen, was die Politik ihrer Bundes- und Landesregierung die Kommunen kostet. Eigentlich müsste gelten: Wer bestellt, bezahlt.

- Beim Ausbau der U3-Betreuung musste die Stadt z.B. 2011 auf Sondermittel des Landes ausweichen, da die ursprünglich versprochenen Finanztöpfe wegen des

Haushaltsstreites zwischen Landesregierung und Opposition nicht mehr zur Verfügung standen. Die Stadt verlor so 28000 €.

Wie so oft: Das Land kündigt vollmundig Verbesserungen an und die Kommunen zahlen drauf. Da die Landeszuschüsse fehlten (bedingt durch die Haushaltsklage der CDU vs. Rot-Grün), konnten die Umbaumaßnahmen für die U3-Plätze in 2011 nicht durchgeführt werden. Die betroffenen Kitas mussten daher provisorisch die U3-Betreuung starten. Und auch die halbe Stelle pro U3-Gruppe –wie im Rahmen von KiBiZ eigentlich angekündigt- gibt es nicht, die Kitas können zum Teil nur 450-Euro-Kräfte einstellen, ein pädagogischer Unsinn - auch hier Dank Land NRW. Diese Landespolitik ist nicht wirklich im Sinne von Kindern, Erzieher(innen) und Eltern.

- Wegen massiver Kürzungen bei den Kompetenzagenturen durch den Bund hat der Kreis diese Arbeit eingestellt. Jetzt muss Erkrath selber sehen, wie die sinnvolle und nötige berufliche Beratung und Betreuung von benachteiligten Jugendlichen weitergehen kann, damit diese zu (weiterführenden) Schulabschlüssen, in Ausbildung bzw. in Arbeit kommen.

- 30.000 € muss die Stadt zusätzlich in das Projekt „Die 2. Chance/Zündstoff“ investieren, in dem Schulverweigerern i.d.R. recht erfolgreich der Weg zurück in die Schule oder in Berufseinstiegsprojekte aufgezeigt wird. Eine sinnvolle Maßnahme, um zu verhindern, dass diese Jugendliche in Hartz IV fallen. Schade, dass das die CDU nicht so sieht, obwohl sie im Mai 2012 noch für dieses Projekt gestimmt hatte. Die *BmU* sieht zwar auch die Mehrkosten für die Stadt, hält diese allerdings im Gegensatz zu CDU und FDP für vertretbar, da einerseits die betroffenen Jugendliche eine „2. Chance“ verdient haben und andererseits die Kommunalfinanzen geschont werden, wenn jemand nicht in das Sozialsystem (Arbeitslosigkeit, Grundsicherung im Alter) oder vielleicht sogar in die Kriminalität fällt. Wenn man das Projekt mit Weitsicht betrachtet: eine vernünftige Investition.

- Und auch dem Integrationsprojekt „Rundum“ für Langzeitarbeitslose wurden erhebliche Mittel gekürzt. Nur mit einem städtischen jährlichen Zuschuss von 21.000 € kann diese, aus unserer Sicht notwendige Hilfe, um Menschen fit für die Arbeitswelt zu machen und ihnen so eine Chance zu geben, weitergeführt werden.

- Die Kosten für die West LB-Pleite zahlen im Endeffekt auch die Kommunen, indem z.B. Erkrath von der Kreissparkasse Düsseldorf keine Überschüsse mehr erhält.

- Auch sind immer wieder verschiedene **Sparmaßnahmen** notwendig. So konnten z.B. die Schulgebäude nicht immer in dem Maß und in der Zeit saniert werden, wie es wünschenswert wäre. Straßenlaternen an Stellen, die keinen oder kaum Fußgängerverkehr aufweisen, wurden abgeschaltet bzw. abgebaut. Städtische Laternen auf privaten Grundstücken wurde den Besitzern angeboten, diese (und somit die Stromkosten) zu übernehmen. Allerdings wurde gleichzeitig auch ein über 8 Jahre laufendes **Investitionsprogramm** (714.000 €) gestartet, durch das verbleibende Beleuchtung stromsparend und wartungskostenärmer mit LED umgerüstet wird. Ein Spareffekt, der sich in einigen Jahren mit 93.000 € pro Jahr deutlich zeigen wird. Die Lichter gehen also in Erkrath nicht aus, wie in der Presse diskutiert wurde. (Mehr dazu auch unter der Rubrik Umweltschutz.)
- Die *BmU* sammelt seit Jahren auf ihrer Seite **www.erkrath-spart.de** **Sparvorschläge** aus der Bürgerschaft. Die Ergebnisse zeigen, dass hier kaum umsetzbare Vorschläge eingehen. Es ist nicht so einfach zu sparen. Zum einen entstehen große Widerstände, z.B. wie bei den o.g. Laternen. Zum anderen muss, so sehr auch gerade die *BmU* seit ihrer Gründung (vor 25 Jahren) immer wieder auf die

Notwendigkeit des Sparens hingewiesen hat, doch stets differenziert werden, in welchem Kostenrahmen und in welchem Nutzen angedachte Maßnahmen langfristig stehen. (Man vergleiche u.a. die Ausführungen zu den Themen Kinder und Schule.)

- Der kommunale Haushalt ist gerade mal zu etwa 5-10% von der Politik im Bereich der freiwilligen Leistungen „beeinflussbar“. Der überwiegende Teil sind **Pflichtleistungen** und feste Ausgaben (die Umlagen, Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Schulen, Sozialleistungen, Personalausgaben u.a.). So wäre der Haushalt 2013 allein ohne die Zahlungen für den Fond zur Deutschen Einheit mit 4,8 Mio. € (beinahe) ausgeglichen gewesen.
- In den Haushalten der letzten Jahre kam es zu deutlich **steigenden Kosten** im Sozialbereich (Hilfe zum Lebensunterhalt, Unterhaltsvorschuss, Grundsicherung im Alter, Pflege,...: 2013: +500.000 €) und in der Jugendhilfe (Erziehungshilfe, ambulante und stationäre Betreuung, Heimerziehung,...: +550.000 € auf 4,8 Mio.) durch den Anstieg der Fallzahlen.
Einen **hohen Zuschussbedarf** (Defizit) haben Bereiche wie Soziales mit 2,2 Mio., Kitas/Tagespflege mit 4,7 Mio., Förderung von Kindern mit 1 Mio., Jugendhilfe mit 4,8 Mio., Schulen mit 7,9 Mio. €. Auch entziehen sich die meisten Posten des Haushaltes (2013: bei 93,5 Mio. Erträgen und 99,8 Mio. Aufwendungen) dem Wirken der Erkrather Politik, u.a.: Transferaufwendungen (**Umlagen**) von 43,5 Mio. (davon u.a. 23 Mio. Kreisumlage; 5,3 Mio. Soziale Leistungen über den Kreis; 0,6 Mio. Berufskolleg-Umlage; 0,5 Mio. Krankenhaus-Umlage; 1,2 Mio. VRR-Umlage; 4,8 Mio. Gewerbesteuerumlage und Finanzierungsbeteiligung für den Fonds dt. Einheit), Bewirtschaftung vorhandener Straßen, Gebäude u.ä. mit 18,9 Mio., bilanzielle Abschreibungen von 5,8 Mio. sowie Personal und Pensions- und Beihilfeaufwendungen von ca. 25 Mio.€. Nur ein kleiner Teil ist politisch somit beeinflussbar. Die Forderung des Haushaltsausgleichs und „Zu sparen“ ist leicht gesagt, aber faktisch kaum umsetzbar. Oder wollen wir Spielplätze, Turnhallen, Sportplätze, Jugendeinrichtungen, Musikschule und Bibliotheken schließen, Straßen nicht reparieren, Straßenlaternen nicht sanieren, die Mittel für Schulen und Kinderbetreuung reduzieren? Die Sparvorschläge der letzten Jahre von CDU und FDP bezogen sich stets nur auf den Stopp des aus unserer Sicht - wie oben beschrieben- notwendigen Stadtentwicklungskonzeptes und das „Einfrieren“ des Haushaltes, was angesichts steigender Pflichtkosten und eines höheren Bedarfs bei der Kinderbetreuung faktisch nicht durchführbar bzw. kontraproduktiv (z.B. keine neuen Kinderbetreuungsplätze) gewesen wäre.
Zudem bleibt festzuhalten, dass ein Großteil (15 Mio. €) der Ausgleichsrücklage (etwa 20 Mio. für schlechte Zeiten, nach NKF) bereits vor 2009 (bevor die Wirtschaftskrise sich auch auf die Einnahmen in Erkrath auswirken konnte) in nur zwei Jahren durch CDU und FDP aufgebraucht worden war.
- Es gab in den letzten Jahren **Gebührenerhöhungen**, wie z.B. für die Büchereien, Musikschule, Hundesteuer. Diese entsprachen oft aber noch nicht einmal einem Inflationsausgleich. Der Vorwurf, darüber wolle man den Haushalt sanieren, ist angesichts der Summen absolut unzutreffend.
- Teilweise mussten in den letzten Jahren trotz aller Spargedanken auch **neue Stellen** geschaffen werden. Einerseits, weil es in Teilen der Verwaltung zu einem Umsetzungsstau gekommen ist und neue Aufgaben (z.B. von Bund und Land

initiiert) zu erledigen sind. Und andererseits, weil u.a. ein zweiter Rettungswagen und der Ausbau der Kinderbetreuung in Kitas und Schulen eben auch mehr Personal erforderlich machen.



Ein guter Kompass ist nötig.

Solider Haushalt durch Wirtschaftsförderung

- Im Sinne einer soliden Finanzpolitik hatte die *BmU* bereits im Sommer 2010 ein **19-Punkte-Programm für die Haushaltskonsolidierung** ausgearbeitet und konnte viele Vorschläge in die Haushaltsplanungen einbringen (u.a.: Verbesserung des Vorschlagwesens zu Einsparungen in der Verwaltung; interkommunale Zusammenarbeit).
- Wir haben den **Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung** ins Leben gerufen, stellen dort mit Gerd Paulus den Vorsitzenden und mit Professor Manfred Liepach einen exzellenten Fachmann.
- In 2014 bringt ein **Investor** 250 neue Arbeitsplätze und Gewerbesteuer-Einnahmen nach Erkrath. Die *BmU* hatte sich für die Ansiedlung engagiert und mit der CDU die gewünschte Erweiterungsoption für die Firma geschaffen. Und das ohne dafür auf der Neanderhöhe ein 10 ha großes Gewerbegebiet zu schaffen. Wir stehen zu unserem Wort Erweiterungsfläche für diese Firma zu schaffen. Vorzugsweise im Bestand!



- Dazu haben wir die **Wirtschaftsförderung personell gestärkt**, eine Maßnahme, die vom Wirtschaftskreis begrüßt, von der CDU abgelehnt wurde.
- Wir haben der Wirtschaftsförderung 2 Mio. € bereitgestellt, um Bestandsflächen und Immobilien aufzukaufen und zu entwickeln. Zukunftsorientierte Wirtschaftsförderung findet im Bestand und nicht auf der Grünen Wiese statt.
- Ein **Leerstandsmanagement** soll helfen, wenn Unternehmen eine Gewerbefläche suchen. Damit leerstehende Immobilien genutzt werden und nicht Grünflächen verbraucht werden.
Ein neu ins Leben gerufener Kataster soll im Innenbereich Baugrundstücke erfassen, um das Potential für Bauen im Innenbereich aufzuzeigen.
Wirtschaftsförderung, Wirtschaftskreis und Politik müssen dafür sorgen, dass mit neuen Ideen neue Unternehmer in Erkrath angesiedelt werden, damit die Lücke im Haushalt geschlossen werden kann. Die *BmU* ist in diesem Thema stark engagiert.
- Für die nächsten Jahre müssen **Alle** in Erkrath mittun, alle Fraktionen, alle Bürger, dass auch weiterhin ein Nothaushalt und somit der Verlust der Selbstständigkeit verhindert wird.
- Dazu gehört, nach Annahme des wesentlichen Stadtentwicklungskonzeptes, einen **Masterplan Gewerbe für Erkrath** zu entwickeln, der z.B. verlässliche Antworten auf die wesentlichen Standortfragen gibt:
 - a) Wer schafft wann die notwendige Infrastruktur für die schnelle, leistungsfähige Kommunikation?
 - b) Welche Entwicklungsziele habe ich im Bestand? Diese Ziele sind nicht allein von dem ausgeprägten Interesse der Stadt an einer Einnahmeverbesserung zu messen, sondern auch daran, welche Synergieeffekte für das vorhandene Gewerbe durch Neuansiedlungen zu erzielen sind.
 - c) Die Konflikte (z.B. Lärmschutz am bewohnten Teil der Max-Planck-Straße) sind

zu einem dauerhaften Kompromiss zu führen, der Planungssicherheit für alle Beteiligten gibt.

d) Welches äußere Auftreten – nicht nur in der virtuellen, sondern auch im Erscheinungsbild vor Ort entspricht der Wertigkeit des Erkrather Gewerbes?

e) Auf welche verlässlichen Betreuungsstrukturen in der Verwaltung kann sich unser lokales Gewerbe verlassen?

- Die *BmU* hatte in früheren Jahren ihre Idee durchgesetzt, dass der **Haushaltsplan öffentlich vorgestellt und diskutiert** wird. Dies muss wiederbelebt werden.
- Die Schätzung der **Steuerentwicklung** zeigt erste Erfolge der Impulse der *BmU* für die Wirtschaftsentwicklung in Erkrath.

	Ergebnis 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017
Steuern	63.170.396	63.831.500	60.071.500	64.503.500	66.770.500	69.326.500

- Sollten die Prognosen stimmen, dann könnte 2016 eventuell sogar der Ausgleich des Haushaltes erreicht werden.

Entwicklung des Eigenkapitals

	JA 2008 EUR	Prognose 2009 EUR	Prognose 2010 EUR	Prognose 2011 EUR	Fort. Ansatz 2012 EUR	Planung 2013 EUR	Planung 2014 EUR	Planung 2015 EUR	Planung 2016 EUR	Planung 2017 EUR
Jahresergebnis 2008 bis 2011 = Prognose	-3.858.996	-13.565.000	-7.831.000	-2.339.344	-7.270.043	-7.033.810	-4.472.490	-2.097.100	16.820	7.510
Ausgleichs- rücklage										
Anfangsbestand	24.159.424	20.300.428	6.735.428	0	0	0	0	0	0	16.820
Verringerung (-)	3.858.996	13.565.000	7.831.000	2.339.344	7.270.043	7.033.810	4.472.490	2.097.100	0	0
Zuführung (+)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schlussbestand	20.300.428	6.735.428	0	0	0	0	0	0	16.820	24.330
Haushaltsausgleich (Ja/Nein)	JA	JA	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	NEIN	JA	JA
Allgemeine Rücklage										
Anfangsbestand	185.107.147	185.540.433	185.540.433	184.444.861	182.105.516	174.835.473	167.801.663	163.329.173	161.232.073	161.232.073
Verringerung (-)	-	-	1.095.572	2.339.344	7.270.043	7.033.810	4.472.490	2.097.100	0	0
Verringerung (in %)	-	-	0,59%	1,27%	3,99%	4,02%	2,67%	1,28%	0,00%	0,00%
Zuführung (+)	433.286	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schlussbestand	185.540.433	185.540.433	184.444.861	182.105.516	174.835.473	167.801.663	163.329.173	161.232.073	161.232.073	161.232.073

* Hinweis zu 2008 und 2009: Der Haushaltsausgleich wurde nur erreicht, da durch CDU und FDP die Ausgleichsrücklage zu einem Großteil aufgebraucht worden war.

- Die SPD bringt im Wahlkampf die nächste Erhöhung der **Gewerbe- und Grundsteuer** in die Diskussion. Hier sieht sich die *BmU* nicht im Einklang mit der SPD. Falls eine solche Erhöhung notwendig werden sollte, darf diese aus Sicht der *BmU* nicht höher als die Inflationsrate ausfallen, es sei denn, eine besondere Notsituation wäre festzustellen. Ein Beispiel für diese Haltung der *BmU* ist die Anhebung der Gewerbe- und

Grundsteuer im Jahr 2011. 2003 hatte es mit den Stimmen der CDU die letzte Anhebung der Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuern gegeben. 2011 wurde die Gewerbesteuer auf 420, die Grundsteuer A (Forst- und Landwirtschaft) auf 210 und die Grundsteuer B auf 420 Punkte erhöht. Angesichts der allgemeinen Teuerung, welche auch den Haushalt der Stadt Erkraths belastet, entsprach diese Erhöhung der Inflationsrate von 2003 bis 2011. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist diese unpopuläre Erhöhung aus Sicht der *BmU* zu vertreten. Was wir heute in Anspruch nehmen, sollen nicht unsere Kinder und Enkel zahlen müssen. Zudem liegen die neuen Hebesätze nun nur unwesentlich über den vom Land vorgegebenen „fiktiven Hebesätzen“. Ein Verbleiben bei den alten Hebesätzen hätte indirekt zu Ausgleichszahlungen („Strafzahlungen“) im Gemeindeausgleichsverfahren geführt.

Nebenkosten in den Griff bekommen/ Stadtwerke Erkrath

- Seit Jahren setzt sich die *BmU* für **faire und transparentere Fernwärme-Preise** ein.
Die Fernwärmepreise sind überhöht. Das zeigt auch das kartellrechtliche Verfahren gegen RWE Energiedienstleistungen (früher Favorit).
Seit vielen Jahren kämpft die *BmU* in ihrer Aktion „Gerechte Fernwärmepreise“ mit Unterschriftensammlung, Eingaben bei EU, Bundes- und Landesministerien für einen Schutz vor dem Fernwärmemonopol in Erkrath und bemüht dabei auch die Gremien der Stadtwerke und des Stadtrates. Die *BmU* hat die ungerechten Fernwärmepreise in Hochdahl gegen den Widerstand der Parteien zum Thema der Kommunalpolitik gemacht. So konnten Teilerfolge erreicht werden, indem die Anschlusswerte der Wohnungen nach Vertragsablauf neu vereinbart werden können. Viele alte Anschlusswerte sind zu hoch angesetzt und führen zu überhöhten Grundkosten.

Der **Vertrag über das Fernheizkraftwerk** (nebst Fernwärmeleitungsnetz) zwischen ESSO bzw. deren Rechtsnachfolger FAVORIT / RWE Energiedienstleistungen und Entwicklungsgesellschaft Hochdahl mbH (EGH) ist seit 06.07.1966 in Kraft und war für eine feste Laufzeit bis zum 30.04.2007 vereinbart. RWE hat zweimal die Option einer einseitigen Verlängerung um jeweils 10 weitere Jahre. Danach verlängert sich der Vertrag bei ausbleibender Kündigung jeweils um weitere fünf Jahre.

Die erste einseitige Verlängerungsoption hat FAVORIT / RWE zum 30.04.2017 ausgeübt.

Der Vertrag über das Fernheizwerk und das Fernwärmeleitungsnetz selbst sieht keinen ausdrücklichen vertraglichen Anspruch der EGH bzw. deren Rechtsnachfolger (die *BmU* besteht bei Liquidation der EGH auf einer Klärung dieser Rechtsfrage) auf Übertragung der Fernwärmeversorgungsanlagen von der RWE bei Vertragsende vor.

Zwischen Stadtwerke Erkrath GmbH (SWE) und RWE besteht ein

Wärmeliefervertrag. Die Stadtwerke Erkrath speisen die im eigenen Blockheizkraftwerk (BHKW) erzeugte Wärme in das Fernwärmeleitungsnetz der RWE ein. Das BHKW hat die Stadtwerke in eine nicht unerhebliche Abhängigkeit von RWE, die Abwärme auch abzunehmen, gebracht.

Wir benötigen eine strategische Ausrichtung der Stadt und der Stadtwerke Erkrath im Hinblick auf den Umgang mit der Fernwärme.

Wir fordern transparente und gerecht am Aufwand gemessene Fernwärmekosten.

Hierzu müssen Modelle erarbeitet werden, die eine wirtschaftliche Alternative zur fortgesetzten Ausbeutung aufzeigen. Gibt es ein Alternativmodell, dass z.B. die SWE selbst in Fernwärmelieferung an die Erkrather Bürger einsteigen? Gibt es technische Alternativen, das Fernwärmenetz durch einen Verbund dezentraler BHKWs zu ersetzen?

Das Monopol der Fernwärmeverträge mit RWE wird von uns in Frage gestellt.

Und für uns stellt sich die Frage, ob die Stadt Erkrath von RWE Konzessionsabgaben verlangen kann, und wenn ja, in welcher Höhe.

- **Stromtarife für Erkrather Bürger auf dem Prüfstand**

Erkrath bildet mit den Städten Wülfrath und Heiligenhaus die Neanderenergie. Seit längerer Zeit beobachten wir nun, dass viele Erkrather Bürgerinnen und Bürger sehr verwundert und verärgert sind, dass sie von der Nutzung der Stromtarife der Neanderenergie ausgeschlossen sind. Denn die Tarife der Neanderenergie sind teilweise günstiger als die Angebote der Stadtwerke Erkrath.

Uns ist zwar bekannt, dass laut Vertrag mit der Neanderenergie die Versorgung auf Erkrather Gebiet ausgeschlossen ist, was aber, wie oben beschrieben, von den Bürgern nicht nachvollzogen werden kann. Zu Recht. Daher wollen wir diese Situation ändern.

- Auch die *BmU* hat sich für die Resolution des Erkrather Rates gegen die ursprünglich geplante EU-Richtlinie zur Privatisierung der **Trinkwasserversorgung** ausgesprochen. Diese hätte die Kommunen gezwungen, die Wasserversorgung öffentlich auszuschreiben. Die *BmU* begrüßt grundsätzlich, dass bei einer Verkaufsabsicht, diese öffentlich ausgeschrieben werden müsste, die Privatisierung des Wassernetzes lehnt sie allerdings klar ab. Wasser ist ein öffentliches Gut, ein Menschenrecht und keine Handelsware. Dort, wo Trinkwasserversorger privatisiert wurden, hatte dies sehr negative Folgen auf Qualität und Kosten.
- Die *BmU* hat dafür gesorgt, dass geprüft wird, ob die Straßenreinigung in städtischer Regie nicht kostengünstiger durchgeführt werden kann und personalwirtschaftliche Vorteile hat. Dass allein diese Prüfung nun seit Jahren andauert, ist der Verantwortung der Verwaltung zuzuschreiben.
- **Fachverstand vor Parteipräsenz in Gremien:**
Die Vertretung der Stadt Erkrath in Aufsichtsräten, Gesellschafterversammlungen, Vorständen, Verwaltungsräten sollte nicht primär durch Parteivertreter erfolgen. Wie in der Vergangenheit (Dr. Norbert Vogelpoth und Peter Heinze im AR Stadtwerke) von der *BmU* als einziger Fraktion praktiziert, strebt die *BmU* an,

Vertretungen auch durch sachkundige Vertreter aus der Mitte der Bürgerschaft, unabhängig von jeder Partei- oder Fraktionsmitgliedschaft, wahrnehmen zu lassen.

- Für gerechte Abwasserpreise durch Einführung eines getrennten Tarifes für Niederschlagwasser und Schmutzwasser hatte sich die BmU zunächst vergeblich eingesetzt. Letztlich wurde dieses gerechtere System durch die allgemeine Rechtsprechung auch in Erkrath verbindlich.

Umwelt-und Landschaftsschutz

- Die *BmU* hat die Bauvorhaben auf der **grünen Wiese** - Kleines Bruchhaus, Auf den 12 Morgen, Neanderbogen und das Gewerbegebiet Neanderhöhe - verhindert. Flächenverbrauch im Außenbereich kann nur in sehr begrenztem Maße akzeptiert werden, wenn die Entwicklung von Stadtinnenflächen nicht ausreichend sein sollte. Die Bezirksregierung strebt im Rahmen des neu aufzustellenden Gebietsentwicklungsplanes an, Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus einer Bebauung zuzuführen. Die *BmU* bedauert, dass durch den Widerstand von Grünen und CDU nicht die Ergebnisse des Stadtentwicklungskonzeptes zum Maßstab des Gebietsentwicklungsplanes gemacht wurden. Dadurch stehen diese Außenflächen nach wie vor zur Diskussion: Auch die Wahl 2014 ist damit wieder eine Abstimmung über Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus. Entgegen der ungenauen Darstellung



der Grünen war die *BmU* konsequent gegen die Bebauung des Naturschutzgebietes Cleverfeldes, des Landschaftsschutzgebietes Kleines Bruchhaus. Viele bisher im Gebietsentwicklungsplan für eine Bebauung vorgesehenen Flächen werden zurückgenommen. Auch in Unterfeldhaus. Unverständlich ist die

Ablehnung der Fraktionen (nur die SPD stimmte zu) unseres Antrages, einen Bebauungsplan für das Altgewerbe auf der Neanderhöhe zu erstellen, um die Wohnsiedlung durch eine Pufferzone vor dem heranwachsenden Gewerbe zu schützen. Konsequenz ist der Bau einer Lackierkabine am Rande zur Wohnbebauung. CDU und Grüne hatten nichts dagegen, wie sie auch zunächst den Vorschlägen folgen wollten, für einen ehemaligen Bauernhof auf der Neanderhöhe ein Verfahren zur Schaffung von Nutzungsrecht als Bauschuttbehandlungsanlage zu verfolgen.

- Seit vielen Jahren beobachtet die *BmU* kritisch die **undichte Mülldeponie Hubbelrath**. Die Erkrather Parteien und ihre Vorläufer haben trotz Bedenken leider der fatalen Kuppenerhöhung der Deponie zugestimmt. Auch die aktuellen Planungen, die Deponie zu erweitern bzw. zu erhöhen, sind aus Erkrather Sicht nicht akzeptabel. Die Messwerte von Brunnen 19 (südlich der jetzigen Deponie) zeigen mehr als deutlich, dass das Deponiesickerwasser in Richtung Erkrath stark belastet ist. Die Stadt Düsseldorf ist hier gefordert: Stopp des Ausbaus der Deponie, Versiegelung der Oberfläche, damit Regenwasser nicht mehr ungehindert einsickern kann. Die Bezirksregierung ist von uns seit Jahren aufgefordert, ein Suchverfahren zur Gewinnung eines Alternativstandortes einzuleiten.
- Der **Baumschutz** liegt der *BmU* schon seit Jahren am Herzen. Im Umweltausschuss (PIUV) engagiert sich Monika Hustädt regelmäßig dafür, dass nur Gefahrbäume gefällt werden. Bedauerlicherweise hatte die Stadt aber keinen Einfluss auf die Kahlschlag-Aktionen im Winter 2013 durch die Bahn AG entlang der S 28 oder durch den Kreis im Neandertal. Zwar wurde dies von SPD und Grünen pressewirksam kritisiert, aber nur die UWG-ME (der Zusammenschluss der Unabhängigen im Kreis) hat hier parlamentarisch reagiert und mit einem Antrag dieses Thema auf die Tagesordnung des Kreistages gebracht.
- Aus Sicht der *BmU* ist das **Naturschutzzentrum Bruchhausen** ein wesentlicher und unverzichtbarer Teil der umweltpädagogischen Arbeit. Kinder sollten z.B. noch einen Apfel benennen können, wissen, wie der dazugehörige Baum aussieht, wie man den Apfel erntet und wie man daraus Saft gewinnen kann. Eine Studie belegt, dass viele Großstadtkinder ihnen vorgehaltene Nahrungsmittel nicht benennen können. Das Naturschutzzentrum vermittelt Erwachsenen und Kindern den sensiblen Umgang mit der Natur, das Erkennen und Bewahren von Flora und Fauna. Projekte wie Tiergehege, Bauerngarten, Obstwiesen, Feuchtbiotop, pädagogische Kindergruppen, Veranstaltungen wie offene Gartenpforte, Nacht der Museen, das legendäre Erntedankfest und vieles mehr sprechen schon heute verstärkt junge Familien an und damit die Zukunft Erkraths. Ein wesentlicher Teil der Finanzierung des Naturschutzzentrums läuft aus, es ist unterfinanziert. Ein Kassensturz ist nötig. Der Sanierungs- und dauerhafte Instandhaltungsbedarf der Gebäude muss analysiert werden. Der zukünftige Finanzierungsbedarf muss langfristig gesichert werden. Die *BmU* fordert eine Satzungsreform, mehr Transparenz, einen neu aufgestellten Vorstand mit mehr Fachleuten statt Parteivertretern, welcher in der Lage ist, das Naturschutzzentrum innovativ und umsichtig wirtschaftlich zu stärken und zu sichern. Es ist wichtig, dass die sehr wertvolle umweltpädagogische und für die Region



bedeutende Naturschutzarbeit dort dauerhaft fortgesetzt werden kann.

- Wichtige Aspekte des **Klimaschutzes** sind in das Stadtentwicklungskonzeptes eingeflossen, zusätzlich wird das Klimaschutzkonzept von der *BmU* aktiv unterstützt.
- **In Erkrath gehen die Lichter nicht aus**
 - Erkrath hat mit Abstand die teuerste und energie-ineffizienteste Straßenbeleuchtung (2010: 37% teurer als die zweitteuerste Kommune in NRW). Es besteht laut Gemeindeprüfungsanstalt dringender Handlungsbedarf. Zudem sind viele Masten nicht standsicher (2010: 25% der überprüften).
 - Folgerichtig: Abschalten und teilweise Demontage von Beleuchtung, welche auf Straßen, die (fast) nicht von Fußgängern genutzt (außerhalb der Ortsdurchfahrten; Straßen NRW und Kreis als Baulasträger waren zu Kostenübernahme der laufenden Kosten und der anstehenden Sanierung nicht bereit, z.B. Bergische Allee 200.000 €)
 - Leuchten auf Privatgrundstücken, die keine Bedeutung für allgemeinen Fußgängerverkehr haben, werden Grundstücksbesitzern zur Übernahme angeboten
 - Soll die Beleuchtung von Land-, Kreis- und Privatstraßen in Erkrath von der Stadt bezahlt werden? Die *BmU* sagt ja! Wenn es keinen anderen zumutbaren, öffentlich beleuchteten Weg gibt, die Wohnung innerhalb des Siedlungsgebietes zu erreichen. Die *BmU* sagt nein, wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist.
 - Das Programm bis 2018: neue Masten, energetische Sanierung und Umrüstung auf LED.
 - Das Ziel: Energie und Geld sparen, ab 2019 ca. 93.000 € an elektrischer Energie und Wartungskosten pro Jahr.
- Seit 2012 liefern die Stadtwerke Erkrath ohne Preisaufschlag „**100% atomstromfreien Strom**“. Die Umstellung verlief deutlich schneller, als von der Politik erwartet. Neben dem Strom aus eigener Produktion in energieeffizienten Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen (BHKW) wird ausschließlich Strom aus Wasserkraft (TÜV zertifiziert) geliefert.
- Ein **Solarkataster für Erkrath** war in der Vergangenheit zwar abgelehnt worden, wurde jetzt aber über den Kreis erstellt. Wenn Sie wissen möchten, welches Potential ihr Hausdach bezüglich Solarstrom oder Warmwasserproduktion hat:

<http://www.solare-stadt.de/kreis-mettmann/Solarpotenzialkataster>
Zudem wird hier auch ein Gründachpotenzialkataster angeboten.

- Wir haben die **Lärmschutz-Aktionspläne** 1 und 2 mit auf den Weg gebracht und fördern ihre Umsetzung. Das gilt besonders im Hinblick auf die Ausstattung der A 3 mit lärmoptimiertem Asphalt. Diese Maßnahme fordern wir auch für die A 46. Und Erkrather Straßen sollen im Falle der anstehenden Erneuerung ebenfalls mit lärmoptimiertem Asphalt ausgestattet werden.
- Als erster in der Region hat die *BmU* vor drei Jahren das Thema „**Urban Farming**“ ins Rathaus getragen. Gemeinschaftliches Gärtnern auf öffentlichen Flächen über gesellschaftliche und kulturelle Grenzen hinweg, die Produktion von gesunden und geschmackvollen Lebensmitteln, sowie die Einbeziehung von Stadtkindern, die ansonsten oft Schwierigkeiten in der Bestimmung von Obst- und Gemüsesorten zeigen. Erfreulich: auch die anderen Fraktionen unterstützen unsere Initiative und 2014 stehen erste Mittel bereit.

Kommunikation und Mobilität

- **Datenzugang in Erkrath**

Ein deutlicher Standortvorteil für Städte heute und in Zukunft ist ein gut funktionierendes Angebot moderner Kommunikation: der **Zugang zu schnellem Internet (Breitband, VDSL bzw. LTE-Mobilfunknetz)**, ein **einwandfrei funktionierender Mobilfunk** bzw. ein **freies WLAN-Netz durch Einrichtung von HotSpots**. Im Sommer 2013 konnte die *BmU* für konkrete Planungen noch keine Mehrheit für dieses für Wirtschaft und Bürger wichtige Projekt finden. Vertreter von Grünen und CDU äußerten sich kritisch.

Die Stadt Erkrath hat mit den Stadtwerken und den Telekommunikationsunternehmen Gespräche zu führen mit dem Ziel, auf dem Gebiet der Breitband-Versorgung strukturelle Verbesserungen zu erzielen. Insbesondere soll kurzfristig VDSL für alle verfügbar gemacht werden.

Das Gewerbegebiet Bessemer Straße ist kürzlich mit einem Glasfaserkabel angeschlossen worden. Nur Teile des Gewerbegebietes Unterfeldhaus verfügen über Glasfaser oder VDSL.

Positiv die Signale des Wirtschaftskreises, das Thema offenes und kostenloses WLAN-Netz in Angriff zu nehmen

Die *BmU* hat vor Jahren bereits das **Mobilfunkkonzept** angeregt und mit dem Ziel auf den Weg gebracht, dass bei guter Empfangsversorgung die Immissionen elektromagnetischer Strahlung durch Mobilfunkbasisstationen vor allem in bebauten Gebieten so gering wie möglich gehalten werden. Die Standorte der Sendemasten des Konzeptes können Sie auf dem Stadtplan der *BmU* finden, den Sie kostenlos an unseren Informationsständen erhalten können.

- Immer wieder wurde in der Presse diskutiert, dass "flächendeckend" auf allen Straßen Erkraths **Tempo-30** eingeführt würde. Aus Sicht der *BmU* wird es kein Tempo-30 auf den Durchgangsstraßen (wie Bergischer Allee, Haaner Straße) geben, das würde schon rechtlich scheitern. Sollten aber die zuständigen Straßenbaulastträger sich nicht in der Lage sehen, den Vorgaben des Lärmaktionsplanes Rechnung zu tragen, muss zum Zweck der gesundheitlichen Vorsorge über die vorübergehende

Einführung von Tempo 30 z.B. auf der Neanderstraße nachgedacht werden. Da, wo Tempo 30 nicht in Frage kommt, kann die Errichtung von Querungshilfen insbesondere für kleinere Kinder den Straßenraum sicherer machen.

- Aufgrund von Hinweisen aus der Bürgerschaft und eigenen Beobachtungen hat die *BmU* die **Verkehrssicherheit in den Verkehrsberuhigten Zonen („Spielstraßen“)** thematisiert. Oft wird die dort geltende Schrittgeschwindigkeit deutlich überschritten. Angesichts nicht vorgesehener Bürgersteige stellt dies für kleine und große Fußgänger eine Gefährdung dar, die es zu vermindern gilt. Auf Anregung der *BmU* wurde die Anschaffung einer zweiten Geschwindigkeitsmesstafel beschlossen. Allerdings konnte die *BmU* keine Mehrheit für zusätzliche Hinweisschilder („Schrittfahren“ o.ä.) erzielen, CDU und FDP lehnten diese grundsätzlich ab, die Grünen waren gegen ein Zusatzschild am blauen Schild der Verkehrsberuhigten Zone, die SPD gegen ein erläuterndes Hinweisschild an anderer Stelle. Schilda mal ganz anders.



- Die Verwaltung wurde schon vor Jahren auf unsere Initiative hin beauftragt zu prüfen, ob es sinnvoll ist, die **Straßenreinigung** wieder in städtische Regie zu übernehmen. Dadurch könnte dann auch ein **verstärkter Winterdienst** angeboten werden, wie er von vielen Bewohnern gefordert wird. Dass das Ergebnis immer noch nicht vorliegt, zeigt exemplarisch, wie die Stadtverwaltung unliebsame *BmU*-Initiativen aussitzt und ausbremst.
- Das Angebot des ÖPNV (**Busse und Bahn**) ist möglichst auf dem derzeitigen Niveau zu erhalten und Anschlüsse müssen zum Teil verbessert werden. Auch muss eine Angebotsverbesserung z.B. in den frühen Abendstunden und an Wochenenden geprüft werden, um mit einem attraktiven Angebot Kunden zu gewinnen und zu binden. Zu nennen sind hier u.a. eine Verdichtung der Linie 741 auf bisherigem Linienweg, eine Verdichtung der O5 auf durchgängigen 20-Minuten-Takt auch zwischen Alt-Erkrath, Neanderbad und Hochdahl S und bessere Anschlüsse an den S-Bahn-Haltestellen bzw. am Neuenhausplatz. Die Neuausschreibung der S8, wie lange von der *BmU* gefordert (*BmU*-Aktion „Störmelder“), hat ergeben, dass die Bahn AG ab 2015 mit neuen Zügen, die auch mit einer Toilette ausgestattet sind, die Strecke behindertengerechter bedienen wird. Aufgrund der Erfahrungen mit den aktuell eingesetzten Zügen kann gehofft werden, dass diese deutlich pünktlicher als früher verkehren werden. Der **Bürgerbus** ist ein Erfolgsmodell, der Zuspruch der Fahrgäste ist enorm. Die Linienführung konnte 2013 sogar erweitert werden. Ein Dank den vielen ehrenamtlichen Fahrern und Organisatoren.
- Das **Radverkehrskonzept** wurde 2009 auch auf Initiative der *BmU* beschlossen, aber erst 2013 beauftragte die Verwaltung, nach beharrlicher Nachfrage der *BmU*, ein Planungsbüro mit dieser Aufgabe. Das Radwegenetz muss den heutigen Erfordernissen genügen, so dass es z.B. auch für den zunehmenden E-Bike-Verkehr geeignet ist. Besonders die Sicherheit für fahrradfahrende Kinder muss berücksichtigt werden. Das Konzept soll bis Ende 2014 vorliegen. Der Radweg an

der K7 wird 2014 erneuert. Dafür hat sich erfolgreich zwei Jahre lang Bernhard Osterwind im Kreistag eingesetzt.

- In Städten wie Hilden oder Ratingen sind Angebote für **Carsharing** auf dem Markt, die positiven Erfahrungen dort ermutigen, eine Ausweitung auf Erkrath zu unterstützen.

Familienfreundliche Stadt von Anfang an: Wir investieren in Kinderbetreuung, Schulen, Bildung, Jugend

Betreuung in Tagespflege und Kindertagesstätten; Hilfen für Familien

- Durch die Bereitstellung der nötigen finanziellen Mittel konnte in den vergangenen Jahren gegen die Stimmen von CDU/FDP der **Ausbau der U3-Betreuung und die Erhöhung der Ganztagesplätze in den Kindertagesstätten** vorangebracht werden. Erkrath unterstützt **8** Familienzentren. Jeder Euro, der in Betreuung und Förderung fließt, ist aus Sicht der *BmU* eine Investition, die sich auszahlen wird.
- Erkrath hat momentan genügend **Tagesmütter und -väter**. Eine höhere Vergütung für die Tageseltern wurde zunächst 2010 mit den Stimmen der *BmU* beschlossen. Da die Selbständigkeit (vom Gesetzgeber gewollt) der Tageseltern viele Probleme mit sich bringen kann, hat die *BmU* stets ein offenes Ohr für die Nöte der Tageseltern. 2013 war die *BmU* eine der treibenden Kräfte, die Richtlinien und somit die Satzung der Tagespflege in Erkrath den veränderten Anforderungen anzupassen. Die Stadt Erkrath profitiert sehr von der Arbeit der Tageseltern, die U3-Betreuung ist dort deutlich günstiger als in einer Kita, daher hat die *BmU* mit für eine auskömmlichere Bezahlung gestimmt, gegen die Stimmen von CDU und FDP. Eine Abwanderung von Großtagespflegern in Nachbarstädte konnte so verhindert werden.
- Erkrath steht in der **Kinderbetreuung** deutlich besser als Düsseldorf da. Daran hat die *BmU* einen wesentlichen Anteil. In Düsseldorf kann man sich zwar kostenlose Ü3-Kitaplätze leisten, die Suche nach einem Betreuungsplatz gestaltet sich für Eltern aber viel schwieriger. Die *BmU* fände eine kostenlose Betreuung in Erkrath auch wünschenswert, kann diese aber aufgrund der finanziellen Lage der Stadt noch nicht unterstützen. Das Geld wird zunächst für den weiteren **Ausbau von U3- und Ganztagesplätzen** gebraucht.
- Mit den Stimmen der *BmU* wurde 2010 aber gegen die Stimmen von CDU und FDP dafür gesorgt, dass Familien nur für die Betreuung eines Kindes zahlen müssen, **Geschwisterkinder sind frei**. Die Gebühren sind **sozial gestaffelt**, Kinder aus finanzschwachen Familien sind kostenfrei.
- Unsere Anregung, die **Vergabe der Kita-Plätze** durch ein Online-Verfahren transparenter und gerechter zu organisieren, um Unzufriedenheiten bei Eltern und

Einrichtungen über die bisherige Praxis auszuräumen, ist auf viel positive Resonanz gestoßen. Leider sind noch nicht alle Träger von den Vorteilen des vorgeschlagenen Verfahrens überzeugt. Für die *BmU* bleibt das Thema auf der Tagesordnung.

- Auch das **Projekt „Frühe Hilfen“** mit Eltern-Kind-Cafés, Familien-Hebammen, Familien-Paten, das Wellcome-Programm für junge Familien besonders in der ersten Phase der Elternschaft wird von uns unterstützt.
Schon seit 2009 gibt es das von der *BmU* initiierte **„Baby-Begrüßungspaket“**. In mehreren Kitas, in denen dies offensichtlich dringend notwendig ist, werden spezielle **Sprachförderkurse** für Kinder und Eltern angeboten.
Die *BmU* ist bereit, jährlich die Kosten dafür in den Haushalt der Stadt einzubringen, Prävention kostet weniger als die Folgekosten später. In Zukunft werden wir prüfen, wie man den Eltern schon während (oder vor) der Schwangerschaft hilfreicher zur Seite stehen kann. Verbessert werden muss in jedem Fall die Kommunikation, damit diejenigen, die in besonderer Weise von den Angeboten profitieren können, davon überhaupt erfahren und sich nicht scheuen, diese zu nutzen.
- Mit unseren Vorschlägen einer weiteren Stärkung der sozialen Maßnahmen und Maßnahmen zur Innenentwicklung (zusätzliches **Projekt „Familienfreundliche Stadt“**) sind wir im Ausschuss für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung bislang an den Mehrheiten gescheitert, bleiben aber dran.
- Ansätze, den Haushaltsansatz für **Spielplätze** zu kürzen, hat die *BmU* klar abgelehnt. Die Gewinnung von Paten für die städtischen Spielplätze war zwar nur wenig erfolgreich, aber wir bleiben auch hier dran.
Durchsetzen konnte die *BmU* ein Rauchverbot auf den Spielplätzen. Vielen Eltern war immer wieder negativ aufgefallen, dass dort geraucht wurde.
- Es gibt zwar eine Familienkarte, mit der man bei einigen Geschäften oder Einrichtungen Vergünstigungen erhalten kann, aus Sicht der *BmU* ist das aber noch nicht genug: Wir stellen uns eine Familienmesse, einen **Familienwegweiser** mit folgenden Inhalten: Eltern werden/ Junge Eltern sein/ Angebote für Kinder und Jugendliche/ Beratungs- und Hilfsangebote/ Gesundheit und Soziales/ Bildung und Kultur/ Freizeit, Sport, Vereine/ Integration von Migranten und Behinderten.



Gute Schulen und Ganztagesbetreuung

- Die *BmU* sieht die Erkrather Schulen gut aufgestellt. Externe Qualitätsprüfungen haben den Schulen einen guten und hohen Standard bescheinigt. Untereinander arbeiten die Schulen kooperativ, so dass die Bildungsgänge durchlässig sind und alle Schülerinnen und Schülern entsprechend ihren Fähigkeiten und Zielen gefördert werden können.
Auch der von einem Gutachter vorgelegte Schulentwicklungsplan sieht den Bestand der Erkrather Schulen als gesichert.
Deshalb sieht die *BmU* aktuell keine Notwendigkeit diese zu ändern.
Entschieden ist die *BmU* gegen eine Gesamtschule, die diese Struktur zerstören und der Stadt enorme Kosten aufbürden würde.
- An allen Erkrather **Schulen**, die dies gewünscht hatten, läuft der **Ganztagesbetrieb**. Die Stadt hat viel Geld in die jeweiligen Umbauten und in die Mensaneubauten investiert. Aber die Angebote von Vereinen und Einrichtungen müssen noch stärker einbezogen werden. Aus *BmU*-Sicht sollte für den Ganztags an Schulen gelten: So viel Ganztags wie nötig – so viel Familie wie möglich. Jedes Jahr stimmt die *BmU* bei Gegenstimmen von CDU und FDP zu, die notwendigen Gelder im Haushalt bereit zu stellen, wenn Grundschulen weitere OGS-Plätze benötigen.
- Der Schulentwicklungsplan belegt, dass der von der *BmU* eingebrachte **Verbund der Grundschule Falkenstraße und Grundschule Bavierschule** absolut richtig und notwendig war. Anfangs war dies von der CDU noch abgelehnt worden, SPD und Grüne hatten dies bis zum Ende vehement bekämpft. Als zukünftigen Standort dieser städtischen Grundschule Alt-Erkrath sieht die *BmU* einen Neubau an der Freiheitsstraße, da ein Umbau an der Falkenstraße wohl nicht genügend Räumlichkeiten für eine 3-zügige Grundschule mit Inklusion und OGS bereitstellen könnte. Hier sind die schulfachlichen Gründe stärker als die kommunalfiskalischen zu bewerten.
- Im November 2012 war die *BmU* noch als einzige Fraktion für die Planung eines **Neubaus der Grundschule Sandheide**. Mittlerweile sind für die Planungen zusammen mit SPD und Grünen Gelder im Haushalt eingestellt worden. Eine Auflösung des Grundschulstandortes, wie von Verwaltung und CDU-Bürgermeister Werner ins Auge gefasst, kommt für uns nicht in Frage, da dies unverhältnismäßig lange Schulwege für die Sandheider Kinder in andere Grundschulen bedeuten würde. Außerdem hätten die umliegenden Grundschulen gar nicht die notwendigen (Ganztags-) Kapazitäten. Wir setzen vielmehr darauf, dass u.a. durch den Neubau die Attraktivität der Schule gesteigert werden kann und sie auch weiterhin einen wichtigen Anker im Stadtteil darstellen wird.
- Ansonsten sind die anderen Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I und II für die nächsten Jahre laut Schulentwicklungsplan wohl stabil und nicht im Bestand bedroht. Die bestehenden Schulen leisten eine gute Arbeit, daher ist die *BmU* gegen kurzfristige und enorme Kosten verursachende Veränderungen der Erkrather Schulstruktur.
Die *BmU* will **keine Neugründung einer Gesamtschule**, weil dies einerseits gemäß Gutachter die Schließung der Hauptschule und beider Realschulen bedeuten würde. Darüber hinaus wäre auch ein Gymnasium gefährdet, da eine 3. Oberstufe aus

schulorganisatorischen und finanziellen Gründen in Erkrath nicht machbar wäre. Die sogenannte „Bedürfnisfeststellung“, welche Grüne und SPD in Erkrath für die Gesamtschule durchführen wollen, ist kein Votum des „Bürgerwillens“. Dieses Verfahren ermöglicht, dass eine Minderheit der Eltern die Schließung einiger Schulen erzwingt. Solange die Zufriedenheit der Eltern mit Hauptschule, Realschule und Gymnasium anhält, ist die Gesamtschule in Erkrath für uns im Gegensatz zu Grünen und SPD kein Thema.

- Die *BmU* will kurzfristig auch keine Sekundarschule, weil auch dies die Schließung bestehender Schulen bedeutet. Es gilt aber, die Anmeldezahlen der Schulen im Blick zu behalten. Die **Sekundarschule** wäre **eine Option** für Erkrath, wenn die Hauptschule Hochdahl wegen zurückgehender Anmeldungen in ihrer Existenz bedroht wäre. Bis zur 10. Klasse könnte man ein gesamtschulähnliches integriertes System anbieten, Schüler mit Qualifikation würden danach das kooperierende Gymnasium für den Erwerb des Fachabiturs bzw. Abiturs besuchen und somit wie an einer Gesamtschule 9 Jahre Zeit bis zum Abitur haben. Eine in einigen Jahren womöglich notwendige Umstrukturierung muss aus *BmU*-Sicht mit Bedacht und Geduld angegangen und durch einen Prozess der Information und Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger und in den Schulen grundgelegt werden, **ohne** dass es zu einem **ideologischen „Schulkrieg“** kommt, den man zumindest im Land beigelegt hat. In den nächsten Jahren haben für uns Investitionen im Grundschulbereich (Sandheide, Alt-Erkrath) Priorität.

Die *BmU* begleitet den von der rot-grünen Landesregierung eingeleiteten Prozess der **Inklusion und die damit ungewisse Zukunft der Förderschule** in Alt-Erkrath kritisch. Wir begrüßen die Inklusion (Integration) von gehandikapteten Kindern. Eine vom Schulamt auf Antrag der *BmU* initiierte Umfrage bei allen Erkrather Schulen zeigt aber, dass unsere Schulen in vielen Bereichen nicht ausreichend ausgestattet sind. Wir halten der rot-grünen Landesregierung vor, dass die Inklusion zu einer Sparmaßnahme wird, wenn z.B. Gelder für bislang eingesetzte und bezahlte Formen der Integrationshilfe ersatzlos gestrichen werden. Dies geht unzumutbar zuerst zu Lasten der Betroffenen sowie der Schulen und Kommunen. In Erkrath muss wenigstens ein Förderschul-Teilstandort erhalten bleiben, um eine unzumutbare Schülerbeförderung (z.B. nach Monheim) zu vermeiden.

Die Schulen melden einen hohen Bedarf an Inklusionshelfern an.

Zum einen ist die *BmU* der Ansicht, dass Erkrath hier als Teilmaßnahme auch den Aufbau eines Freiwilligendienstes (Freiwilliges soziales Jahr, Bundesfreiwilligendienst) betreiben sollte. Zum anderen sorgt die *BmU* dafür, dass Gelder für die Inklusion im Haushalt eingestellt werden. Gerade auch, weil die Leistungen von Land, Landschaftsverband bzw. Krankenkassen noch sehr unklar sind.

BildungsökonomInnen schätzen, dass die Einführung eines funktionierenden inklusiven Systems in Deutschland etwa 660 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr kosten wird, ohne Berücksichtigung von möglichen Baukosten oder Sachleistungen. Es ist auch hier zu befürchten, dass die Kommunen am Ende auf einem beträchtlichen Betrag sitzen bleiben werden.

- Seit 2010 bekommen die Schulen - als Inflationsausgleich über Jahre - ein um 20% **höheres Schulbudget** für Medien und Materialien zur Verfügung gestellt.

- Auf Antrag der *BmU* wurde die **Stadtschulpflegschaft** in Erkrath gegründet, in der die Elternvertretungen der Schulen zusammenarbeiten können und gemeinsam gegenüber der Stadt auftreten können. Wir sehen in der Stadtschulpflegschaft ein wichtiges Gremium, das in allen schulischen Fragen gehört werden muss.
- ADFC und *BmU*-Ratsmitglied Gerd Paulus haben mittlerweile mit Schülern der meisten Grundschulen **Schulwegepläne** für die jeweilige Schule entwickelt. Diese zeigen sichere Fuß- und Radwege, aber auch Gefahrenstellen auf. Zum Teil konnte die Bauverwaltung einige Probleme bereits beseitigen. Die restlichen Schulwegepläne sind in Arbeit.

Jung-sein in Erkrath

- Die *BmU* begrüßt die **Jugendarbeit** des Jugendamtes, der Kompetenzagentur, der Jugendcafés, der Vereine, der Kirchen u.a.
- Die Einrichtung der Rollsportanlage in Alt-Erkrath und der Umzug des Jugendcafés in Alt-Erkrath in die Räume des Kaiserhofs waren richtige Entscheidungen, die Anlage wird gut genutzt und das Café liegt nun zentraler und die Räume gehören der Stadt.
- Jetzt ist es an der Zeit, auch etwas für die Jugendlichen in Hochdahl zu tun. Auch die *BmU* hat sich für den **Neubau des Jugendcafés am Skaterpark Hochdahl** am bisherigen Standort ausgesprochen. In einem Antrag hatte die *BmU* jedoch prüfen lassen, ob nicht eventuell nach Hildener Vorbild eine Anbindung an das Schulzentrum sinnvoll wäre. Aufgrund der Argumentation der Mitarbeiter des Jugendcafés hält die *BmU* ebenso den alten Standort für richtig. Interessant, wenn D. Ehlert (SPD) im Internet schon das Stellen dieser Frage als "Blödsinn" bezeichnet. Aus Sicht der *BmU* ist es im Sinne einer vernünftigen Meinungsbildung unbedingt notwendig, Fragen zu stellen und Ideen zu prüfen.
- Zudem wäre es wünschenswert, wenn Angebote für Jugendliche auch mehr das Wochenende im Blick hätten.
- Die *BmU* hat das Thema „**Dirt-Bike-Strecke**“ in das Stadtentwicklungskonzept eingebracht. Einerseits soll daran interessierten Jugendlichen die Möglichkeit für ihren Sport gegeben werden, andererseits soll verhindert werden, dass die ökologischen Schäden durch verschiedene wilde Strecken ausufern.
- Die *BmU* verzichtet auf wahltaktischen Aktionismus wie die Forderung nach mehr Jugendcafés. Dies wäre aus haushaltspolitischen Gründen unverantwortlich, wir wollen den zukünftigen Generationen keine Überschuldung hinterlassen.
- In Zukunft wäre es auch wichtig, dass Stadtrat und **Jugendrat** (gegründet auf Antrag der *BmU*) enger zusammen arbeiten, um Erkrath auch aus Sicht der jungen Generation einladend und ansprechend zu gestalten.

Senioren – zufrieden in Erkrath alt werden

- Die Entwicklung der Demografie weist bisher für Erkrath nur eine Richtung auf:

Wir werden weniger und älter.

Darauf müssen wir **vorausschauend reagieren!**

Es müssen Schritte umgesetzt werden, damit künftig für Alte und auf Hilfe angewiesene Menschen ein erfülltes Leben in ihrer gewohnten Wohnumgebung möglich ist. Daraus ergeben sich Aufgabenstellungen, denen sich die Politik aller Ebenen, aber auch die Gesellschaft insgesamt, also Handel, Ehrenamtliche, Nachbarn, Vereine, Kirchen usw. in Erkrath stellen müssen.

- Das **Stadtentwicklungskonzept** ist dafür die richtige Strategie. Dort ist ausgeführt: „Mit fortschreitendem demografischem Wandel werden Senioren eine immer wichtigere Gruppe der Bevölkerung darstellen und eine ihren Bedürfnissen angepasste Infrastruktur benötigen. Erkrath verfügt bereits heute über ein umfassendes Angebot an Einrichtungen, die Senioren Unterstützung im Alltag, aber auch Möglichkeiten zur Kommunikation, zum Austausch, zum Aktivwerden oder zur Weiterbildung bieten.“

Die *BmU* unterstützt dies vorbehaltlos.

- Trotz einer Vielzahl von Maßnahmen, z.B. in Netzwerken, durch den Bürgerbus, bleibt im konkreten Fall eine Menge zu tun.

Wir von der *BmU* kümmern uns.
Absichtserklärungen nützen nichts.

- Deshalb möchten wir mit dem **Seniorenrat** und Vertretern der Einrichtungen in Kontakt kommen, um konkrete Maßnahmen mit Hilfe der Verwaltung oder privater Seite anhand festgestellter Bedarfe initiieren zu können.
Wir stellen uns regelmäßige Stadtteilbegehungen der Wohnumgebung, Beurteilung der Wohnzufriedenheit, der Sozialbeziehungen sowie des öffentlichen Personennahverkehrs vor.

Was sind dazu unsere Vorstellungen?

Es gibt drei Problemkreise

1. Probleme, die alle Älteren und Menschen mit Behinderungen betreffen,
2. Probleme, die Ältere betreffen, die in ihrer Umgebung bleiben möchten,
3. Probleme, die zu lösen sind, wenn Ältere in andere Wohnungsformen wechseln möchten.

- **Für alle älteren Menschen – aber auch für Menschen mit Behinderung** - wollen wir erreichen, dass im Rahmen der Stadtentwicklungsplanung regelmäßig z.B. das Absenken von Bordsteinkanten, optische Kontraste vor Straßenüberwegen, genügend lange Grünphasen an Ampeln, gute Beleuchtung öffentlicher Wege oder der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden überprüft wird. Es muss sichergestellt sein, dass ältere Menschen ihre Bedarfe der alltäglichen Versorgung

eigenständig erledigen können. Dazu gehört eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur. Wir treten dafür ein, dass bei der Verkehrsplanung zukünftig verstärkt die Bedürfnisse Älterer berücksichtigt werden.

- **Wer in seiner Umgebung – dem Quartier -bleiben möchte**, für den ist es wichtig, dass neben den für alle geltenden Voraussetzungen noch weiter spezielle Möglichkeiten geschaffen werden, die das möglich machen.
 - Deshalb treten wir dafür ein, dass die **Nahversorgungsstruktur im Quartier** erhalten bleibt oder, wenn möglich, durch die Stadtentwicklung noch verbessert wird, um Güter der täglichen Lebens und Medikamente besorgen zu können. Wo dies nicht möglich ist, regen wir eine Versorgung über Lieferdienste an; dies wird von den Apotheken bereits geleistet, Lebensmittelversorger bieten dies bisher nur vereinzelt an.
 - Anlaufstationen, die über Pflegemöglichkeiten in der eigenen Wohnung aufklären, müssen angeboten werden. Dazu eignen sich im ersten Schritt Broschüren, Zeitungsberichte (Senioren lesen sie noch), Internet und Veranstaltungen. Der Kreis Mettmann will mit regelmäßigen Treffen eine Informations- und Austauschplattform schaffen, über die die Stadtverwaltung Erkrath die Öffentlichkeit informieren sollte.
 - Häufig scheitert ein **Verbleib in der eigenen Wohnung** daran, dass diese nicht den Bedürfnissen älterer, pflegebedürftiger Menschen entspricht. Ansprechpartner hierbei sind vorrangig Wohnungsgesellschaften.
 - Interessant ist hier z.B. das **Programm ALTERNativen 60plus**, das Fachtagungen und einen Runden Tisch mit der Wohnungswirtschaft einrichten will, um eine seniorengerechte Anpassung des Wohnungsbestandes zu fördern.
 - Mit diesem Programm ALTERNativen 60plus wurde in Kooperation mit den Städten Remscheid, Solingen, Leverkusen und Wuppertal die **Broschüre Haushaltsnahe Dienstleistungen** entwickelt, die regelmäßig fortgeschrieben wird. Auch der Kreis Mettmann nimmt teil. Die Anbieter können durch regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen ein Qualitätssiegel erwerben und sich hierdurch positiv abheben. Die Veröffentlichung in der Broschüre ist kostenlose Werbung und wird rege genutzt. Sie ist in allen Verwaltungsstellen auszulegen.
 - Es ist wichtig, dass sich die Angebote an den unterschiedlichen Bedürfnissen orientieren. Senioren sind Menschen in einer längeren Lebenszeitspanne. In dieser Zeit verändern sich Wünsche und Ansprüche. Deshalb wollen wir differenzierte Angebote beispielsweise an Menschen zwischen Arbeit und Ruhestand richten. Hier werden bereits **Kontakte und Netzwerke** (z.B. die Ehrenamtsbörse) geknüpft, die auch im höheren Alter eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
 - Schließlich gehören zu diesem Bereich auch Informationen über Angebote zur Freizeitgestaltung, kulturelle, religiöse Angebote und Angebote zur sollten für die Menschen im Quartier barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.
 - Angebote zur Freizeitgestaltung und das Erleben von Kultur und Religion gibt es in großer Vielfalt:
 - Vereine
 - Seniorenbegegnungsstätten
 - Seniorenkreise in Kirchengemeinden, Verbände etc.
 - Seniorenfahrten/-reisen
 - Sportangebote, Wandergruppen
 - Vorträge
 - Vorbereitung auf den Ruhestand
 - Umgang mit Krankheit, Pflege und Tod

- Seniorenakademie/Bildungsangebote/Internetschulungen, -cafés
 - Kulturangebote, Musikgruppen
 - Besondere Angebote für ältere Migranten/Menschen mit
Zuwanderungshintergrund
 - Seelsorge/Glaubensgemeinschaften mit besonderem Angebot.
- **Wer im Alter in ein anderes Wohnumfeld wechseln möchte**, für den fordern wir geeignete Möglichkeiten. Daher setzt sich die *BmU* dafür ein, dass die entsprechenden Projekte aus dem Stadtentwicklungskonzept - seniorengerechtes **Mehrgenerationenwohnprojekt an der Schmiedestraße** sowie ein **Mehrgenerationenhaus in Unterfeldhaus** - auch umgesetzt werden, wenn das Stadtentwicklungskonzept beschlossen wird.
Im Übrigen fordern wir, dass in allen Planungen für neue Bauprojekte altersgerechte Wohnungen einbezogen werden.

Stärkung des Ehrenamtes

- Auf *BmU*-Initiative hin wurde in Erkrath die **Ehrenamtskarte** eingeführt, welche ehrenamtlich Tätigen Ermäßigung bei Eintritten (NRW-weit) bringt. Das Ehrenamt wird in Zukunft immer wichtiger, ob im Rettungswesen, in den Vereinen, in den Kirchen, in Jugend- oder Seniorenarbeit (u.v.a.m.).
Die Erkrath-Karte soll ein Dankeschön sein und kann ggf. auch ein Ansporn sein, sich zu engagieren.
- Positiv sieht die *BmU* auch den Start der **Ehrenamtsbörse**, welche ganz im Sinne der *BmU* an ehrenamtlicher Arbeit Interessierte mit Vereinen, Verbänden, Kirchengemeinden und Einrichtungen in Kontakt bringen will.
(Kontakt: info@ehrenamtsboerse-erkrath.de)

Solidarität, Kultur und Sport – lebenswerte Stadt

Eine lebenswerte, faire sowie sozial, kulturell und sportlich engagierte Stadt zeigt sich an vielen Details.

Die *BmU* hat hier Vieles im Blick:

- Mit ihrem Antrag hat die *BmU* 2013 erreicht, dass das **Arbeitslosenprojekt und soziale Kaufhaus „Rundum“** des SKFM gerettet werden konnte.
Wieder wurde ein wichtiges örtliches Projekt von der „großen Politik“ allein gelassen. Dem Integrationsprojekt „Rundum“ waren erhebliche Mittel (21000€) gekürzt worden. Gegen die Bezuschussung und damit für das Ende von Rundum stimmten CDU und FDP. Wir setzen uns dafür ein, mit unseren Mitteln zu helfen, wenn Bund und Land wichtige Projekte im Stich lassen. Das belastet zwar den

Haushalt, aber Versäumnisse lassen sich hier nicht mehr aufholen und sind letztendlich teurer.

- Die *BmU* hat die Einrichtung der Stelle einer ehrenamtlichen **Behindertenbeauftragten** vorbehaltlos unterstützt. Es ist gut, wenn die Probleme der Betroffenen engagiert gesehen und angegangen werden. Vieles, das im Themenfeld Senioren thematisiert wird, gilt auch für unsere gehandicapten Mitbürger.
- Zur Unterstützung des ehrenamtlichen Flüchtlingskreises hat die *BmU* für die Schaffung einer halben Stelle zur **Betreuung von Asylbewerbern** gestimmt. Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und im Sinne einer gelingenden Integration war dies eine notwendige Maßnahme.
- Insgesamt werden Maßnahmen, welche die **Integration fördern**, von der *BmU* unterstützt. Man vergleiche u.a. die Ausführungen im Themenbereich Familie und Schule zur Sprachförderung. Diese Maßnahmen werden von den interkulturellen Beratern und vom Kreisgesundheitsamt dringend empfohlen. Einen wichtigen Part hat auch der Integrationsrat, der seine Ansichten in die Ausschussarbeit einbringt.
- Die *BmU* unterstützt das Projekt „**Die Werkstatt**“ und hat es in den Sozialausschuss gebracht. Hier wollen Handwerker und Techniker im Ruhestand ehrenamtlich ihre Kenntnisse u.a. an Jugendliche weitergeben. In einem „Repair-Café“ in der ehemaligen Hauptschule Erkrath können Interessierte lernen, wie sie z.B. Elektroreparaturen an defekten Haushaltsgeräten oder kleinere handwerkliche Arbeiten angehen können. Besonders Jugendliche mit Migrationshintergrund sind angesprochen, um deren Integration zu fördern. Im Sinne der Jugendförderung, der Integration und der Nachhaltigkeit durch Müllvermeidung ein tolles ehrenamtliches Projekt. (www.die-werkstatt-hochdahl.de)
- Die *BmU* begrüßt die Bewerbung Erkraths um den Titel „**Fair-Trade**“-Stadt. Der faire Handel ist aus Sicht der *BmU* ein notwendiges Korrektiv im Welthandel und ein Gebot der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Diese Thematik ist der *BmU* schon lange wichtig: Dass die Stadt Erkrath seit 2008 darauf achtet, bei Anschaffungen nur Produkte gemäß der ILO-Sozialstandards (z.B. keine Produkte aus Kinderarbeit) zu erwerben, geht auf einen *BmU*-Antrag zurück. Entschieden hat sich die *BmU* nur gegen mehrere Formulierungen im Antrag der Grünen gewandt, welche Bevormundungen (Marke „Veggie day“) der Bürger, Vereine bzw. Presse enthalten hätten. Am Ende wurde der von der *BmU* modifizierte Antrag bei Gegenstimmen durch CDU und FDP angenommen.
- Die *BmU* machte den Vorschlag, Herrn Schwab-Bachmann zum Beigeordneten für den Sozialbereich zu wählen. Und gewonnen. Damit hat ein Bewerber aus dem Hause ohne Parteibuch eine faire Chance bekommen. Durch die *BmU*.
- Zum Themenbereich Soziales verweisen wir zudem auch auf die Darstellungen zu den Themenfeldern Familie/ Schule/ Senioren.

- Das Kulturamt organisiert seit Jahren ein buntes **Theater- und Kabarettprogramm**, bei dem starke Zugpferde für gute Einnahmen sorgen, um auch weniger gut besuchte Veranstaltungen im Programm zu halten. Im Kulturausschuss des Rates hat die *BmU* die Idee einer **Kulturloge** vorgestellt, ähnlich dem Erkrather Tafelprojekt nicht verkaufte Karten für kulturelle Veranstaltungen an Bedürftige zu verschenken. Die Verwaltung hat zugesagt, in einem ersten Schritt die Idee umzusetzen. Kritik an dem Konzept kam von der FDP und den Grünen.
- Stark ruht das kulturelle Leben in Erkrath auf den Schultern vieler Ehrenamtlicher. Mehrere **Künstlergruppen** oder **Musikveranstaltungen** (u.v.a.m.) bereichern das Leben der Stadt. Das Heimat- und Eisenbahnmuseum **Lokschuppen** wächst erfreulicherweise immer weiter. Und auch die 5. Jahreszeit wird durch die **Karnevalsvereine** gelebt. Gerne hat auch die *BmU* hier regelmäßig einen Beitrag geleistet und sich mit einer Mottogruppe bzw. einem Mottowagen (zur undichten Deponie Hubbelrath, zum Wertstoffhof, zum Stadtentwicklungskonzept, zum Mülltonnenchaos u.a.) am Erkrather Karnevalsanzug beteiligt.
- Genauso wäre das vielfältige Angebot der **Sportvereine** in den drei Stadtteilen ohne die vielen ehrenamtlichen Kräfte undenkbar. So ist Erkrath für die, die sich einbringen wollen und können, auch mehr als eine Schlafstadt.
- Damit das Sportangebot auch Räume und Plätze hat, wurde in den letzten Jahren und wird aus Sicht der *BmU* auch in den nächsten Jahren einiges in die **Sanierung von Sporthallen und -plätze** investiert. Und auch die Suche nach dem zukünftigen Standort der Grundschule Alt-Erkrath muss im Blick haben, dass keine Hallenkapazitäten verloren gehen.
- Die *BmU* steht voll hinter einer Förderung der Sportangebote für Kinder und Jugendliche. Die Gebühren hierfür sollten auch in Zukunft moderat bleiben.
- Mit dem Neanderthal-Museum hat Erkrath einen überregionalen Anziehungspunkt. Es gilt, das Neandertal mit dem „**Masterplan Neandertal**“ zu attraktivieren und ökologisch aufzuwerten. Allerdings ist hier der im Winter 2013 durchgeführte Kahlschlag absolut kontraproduktiv.

Sicherheit und Stadtbild

- Die Erkrather Feuerwehr braucht schnell eine **neue Feuer- und Rettungswache**. Aus Sicht der *BmU* ist allerdings die Entscheidung von SPD und CDU für das Clever Feld (Einmündung Schimmelbuschstraße in die Bergische Allee) nicht klug gewesen. Es ist abzusehen, dass Klagen der Anwohner und evtl. auch Klagen der Umweltverbände, die Fläche steht unter Naturschutz, die Planung und den Bau empfindlich verzögern werden. Noch problematischer wäre die von der CDU anfangs favorisierte Variante gewesen, die Wache mitten auf die Neanderhöhe

(hinter den Wertstoffhof) zu bauen. Dahinter verbarg sich der Versuch, die Neanderhöhe dann doch mit einem Gewerbegebiet zu bebauen. Zudem wäre diese Variante auch nicht kostengünstig geworden, da für die freiwillige Feuerwehr der bisherige Standort Schimmelbuschstraße –getrennt von der neuen Wache der hauptamtlichen Feuerwehr auf der Neanderhöhe- hätte saniert und betrieben werden müssen.

Die *BmU* ist auch weiterhin der Ansicht, dass man zeitlich und finanziell vernünftig am bisherigen Standort die neue Wache errichten könnte. In der Nachbarschaft (Röntgenstraße) stehen aktuell mehrere Immobilien zum Verkauf bzw. zur Vermietung, dort könnte man entweder ein geeignetes Provisorium oder evtl. auch den Neubau errichten, so dass die Feuerwehrleute auch nicht von den Baumaßnahmen in Mitleidenschaft gezogen würden. Da CDU und SPD sich viel zu früh für den Bau auf der „grünen Wiese“ entschieden haben, wurde dieser Vorschlag der *BmU* allerdings nie geprüft.

- Seit Beginn der Planungen hat die *BmU* **gegen den Bau und die Genehmigung der CO-Pipeline** protestiert. Federführend ist hier *BmU*-Ratsmitglied Wolfgang Cüppers, der als Vorsitzender der IG Erkrath den Erkrather Widerstand anführt.



Der Transport des hochgiftigen Kohlenmonoxids wäre unverantwortlich. Schon 30 ml Kohlenmonoxid führen zu Bewusstlosigkeit bzw. im Weiteren zum Tode. Dass Gas austritt, kann technisch aber erst bei einer Menge von 60000 l pro Stunde erfasst werden. Vergiftete und Tote wären demnach bei einem Leck nicht zu vermeiden.

Dass Bayer Material Science bei der Bezirksregierung Düsseldorf nachträglich das Planverfahren ändern will, um Planungs- und Baufehler zu korrigieren, kann nur als skandalös bezeichnet werden.

Eine schon lange zwischen Dormagen und Leverkusen betriebene CO-Pipeline weist offensichtlich massive Mängel auf. Und ein Kohlenmonoxid-Unfall auf dem Werksgelände Brunsbüttel im September 2013 mit 5 schwer vergifteten Mitarbeitern zeigt, dass Bayer dies noch nicht einmal auf dem eigenen Gelände im Griff hat.

Die Parteien im Landtag sind in der Pflicht, das Enteignungsgesetz, welches vor zwei Legislaturperioden einstimmig von CDU, SPD, FDP und Grünen verabschiedet

worden ist und welches die CO-Pipeline erst ermöglicht hat, zu prüfen und zurückzunehmen. Denn dass der Bau und Betrieb dem Allgemeinwohl dienen würde, lässt sich aus Sicht der *BmU* nicht erkennen. Aber die rot-grüne Landesregierung prüft nur, dass das Ende der Pipeline einzuleiten und die CDU-Fraktion des Landtages fordert sogar „ein beschleunigtes Genehmigungsverfahren von Pipeline-Projekten“. Da demnach von den Parteien keine wirksame Unterstützung zu erwarten ist, müssen sich die Bürger politisch und juristisch wehren. Ganz im Sinne „Bürger für Bürger“ agiert hier die *BmU* als unabhängige Wählergemeinschaft mit Wolfgang Cüppers an der Spitze.

Um zudem auch ein sichtbares Zeichen zu setzen, hat die *BmU* eine Anti-CO-Flagge entwickelt. Seit Juni 2013 können interessierte Bürger (mit Fahnenmast oder anderer geeigneter Anbringung) diese von der *BmU* erhalten (z.Zt. vergriffen).



Wie bei der CO-Pipeline gilt es beim Fracking: Wehret den Anfängen! Die BmU lehnt das grundwassergefährdende Fracking ab.

- Unsere **Aktion „Sauberes Stadtbild“** wurde sogar von der Presse unterstützt. Über http://www.bmu-erkrath.de/Umwelt/umwelt_sauberes%20Stadtbild.html können Bürger ihre Beschwerden an die Stadt richten. Wir dokumentieren dort die Hinweise an die Beschwerdestelle der Stadt Erkrath über unsoziales Verhalten wie starke Verunreinigungen, Zerstörungen, wilde Mülldeponien u.ä. sowie Notizen über den Bearbeitungsstand. Mit dieser Dokumentation soll auf diejenigen Druck ausgeübt werden, die meinen, das öffentliche Straßenbild verschmutzen zu müssen.
- Die *BmU* hat sich als erste Gruppe in Erkrath für einen **zweiten Rettungswagen** eingesetzt und durchgesetzt. Damit ist die Qualität der Hilfe für Menschen in Not deutlich gestiegen.
- Die Idee der **Noteingänge**, wurde von der *BmU* in den Rat gebracht. Mehrere Geschäfte und Einrichtungen bieten Menschen, die sich in einer akuten Notsituation befinden, z.B. durch Bedrohung, einen Schutzraum bzw. eine Anlaufstelle, von der aus ggf. Polizei oder Angehörige benachrichtigt werden können.
- Die *BmU* setzt sich schon seit Jahren für sichere Schulwege ein. Über die **Schulwegepläne** können Sie etwas unter der Rubrik Schule lesen.

Für Erkrath aktiv:

Unsere ersten 15 Kandidaten auf der Liste für den Stadtrat.

Bernhard Osterwind

-Fraktionsvorsitzender der *BmU*, Kreistagsabgeordneter. Aufgrund seiner 39-jährigen Erfahrung in der Kommunalpolitik für Erkrath ist der Studiendirektor auf allen Feldern bewandert. Er ist treibende Kraft des Stadtentwicklungskonzeptes.



Angela Klinkhammer Neufeind

-Seit über 20 Jahren im Stadtrat, u.a. stellv. Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke. Zusammen mit den Sachkundigen Bürgern der *BmU* Dr. Norbert Vogelpoth, Peter Heinze und Christina Enderlein arbeitet sie für starke Erkrather Stadtwerke. Sie ist ein erfahrenes Mitglied im Haupt- und Finanzausschuss. Außerdem ist sie die Aufsichtsratsvorsitzende der EGH, die sich in Liquidation befindet. Sie hat sich seit Jahren in ihrem Wahlbezirk gegen eine Bebauung des Kleinen Bruchhaus engagiert und wesentlich mit dafür gesorgt, dass diese Fläche nicht bebaut wird.

Wolfgang Cüppers

-Mitgründer und Vorsitzender der IG Erkrath und der unermüdliche Kämpfer gegen die Kohlenmonoxid-Pipeline in Erkrath. Durch seine über 25 Jährige ehrenamtliche Tätigkeit im DRK zudem Fachmann für Fragen des Katastrophenschutzes, ein Organisator und Koordinator in vielen Bereichen.

Monika Hustädt

-Unsere Fachfrau für Wirtschaftsfragen. Mit ihrer langjährigen Erfahrung im Erkrather Stadtrat kontrolliert sie die sachgerechte Verwendung von Steuergeld und schaut vor anstehenden Baumfällungen besonders kritisch hin. Damit Erkrath grün bleibt.

Christian Ritt

-Als Vorsitzender der Wählergemeinschaft *BmU* e.V. u.a. zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit, in seiner Kolumne „neulich im Rat...“ auf www.bmu-erkrath.de berichtet er regelmäßig aus Sicht der Unabhängigen auch über das, was nicht in der Presse zu lesen ist. Einen besonderen Blick hat er auf Schule, Soziales und Jugendhilfe.

Gerd Paulus

-Ein Umweltschützer der ersten Stunde, er war einer der Hauptakteure für den Erhalt der Bruchhauser Feuchtwiesen. Zusammen mit dem ADFC ist er Motor für die Entwicklung der Schulwegepläne von Kindern für Kinder und kümmert sich um den Radverkehr in Erkrath. Bei der Entwicklung Erkraths hat er -als ehrenamtlicher Richter am Sozialgericht Düsseldorf- besonders auch die älteren Menschen im Blick. Nach wie vor tritt er für die Verkehrsberuhigung der Max-Planck-Str. ein. Gerd Paulus moderiert den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung. Hier fallen Weichenstellungen für die Ansiedlung von Unternehmen. Er sucht und führt den Dialog mit dem Wirtschaftskreis Erkrath, der sich mit Ideen und vor allem auch mit konkreten Maßnahmen zu einer tragenden Säule der Stadt entwickelt. Der Wirtschaftskreis begrüßt das von der *BmU* initiierte Stadtentwicklungskonzept und die Stärkung der Wirtschaftsförderung.

Manfred Liepach

-Als Professor für Betriebswirtschaftslehre der *BmU*-Experte für das Thema Stadtentwicklung, mit seinen Analysen und Kompetenz und Konsequenz bringt er die Wirtschaftsförderung voran. Prof. Manfred Liepach bringt mit Analysen, Kompetenz und Konsequenz die Wirtschaftsförderung voran. In diesem Ausschuss wird jetzt ein Baulandkataster erarbeitet, welches die „versteckten Schätze“ im Bestand heben hilft. Er vertritt die *BmU* im Wirtschaftskreis als ihr Wirtschaftsexperte. Zudem ist er ein steter Kämpfer für die Belange der Max-Planck-Straße in Unterfeldhaus.

Peter Müller

-Der langjährige Vorsitzende der Alt-Erkrather Werbegemeinschaft und Organisator der beliebten Cityfeste stärkt als Neuzugang die Vertretung für Alt-Erkrath. Sein Blick geht besonders auf den Standort Alt-Erkrath und die Stärkung der Zusammenarbeit von Einzelhändlern und der Verwaltung.

Thomas Spiritus

-Promovierter Jurist, Partner in einer bekannten überregionalen Anwaltssozietät. Langjähriges Engagement gegen die CO-Pipeline sowie gegen die Bebauung von Kleines Bruchhaus, Clever Feld und Neanderhöhe. Mit seinem Fachwissen und Engagement möchte er vermittelnd und sachbezogen die schutzwerten Belange der Umwelt, des einzelnen Bürgers und der Stadt als Allgemeinheit unterstützen.

Rainer Hustädt

-Er bringt als Diplom-Ingenieur Sachkunde in den Betriebsausschuss (zuständig für den städtischen Abwasserbetrieb). Ebenso wie als langjähriger Schatzmeister der *BmU* hat er dort mit Sicherheit die Zahlen immer gut geprüft.

Ernst Eumann

-Auf Grund seiner Tätigkeit in der Lehrerausbildung und seiner langjährigen Erfahrung als Schulleiter eines Gymnasiums mit Internat und Ganztagsbetreuung sowie als schulfachlicher Dezernent gilt sein vorrangiges Interesse allen schulischen und sozialen Fragen. Als Mitglied von „Unterfeldhaus aktiv e.V.“ hat er einen besonderen Blick auf sein Wohnumfeld in Unterfeldhaus.

Wolfgang Schriegel

-Er bringt in verschiedenen Aspekten seine Fachkompetenz für Verwaltungsfragen und Organisation ein. Er legt auch ganz praktisch Hand an beim Bürgeraktionstag und bei Naturschutzaktionen.

Adelheid Heptner

-Sie ist stark engagiert in ihrem Wohnumfeld Falkenstraße/Kalkumer Feld, ein Schwerpunkt dort ist für sie die Verkehrsberuhigung. Auch die Umwelt ist ihr wichtig, z.B. achtet sie in ihrem Wohnumfeld auf die Sauberkeit in der grünen Lunge, besonders im kleinen Park an der Fasanenstraße/Falkenstraße. Darüber hinaus setzt sie sich für die Ziele des Integrationsrates ein und hat einen Blick für Fragen der Kultur.

Matthias Wille

-Er ist seit Jahren besonders im Bereich der Kinderbetreuung und Jugendhilfe involviert, er achtet auf den Ausbau der Betreuung und Förderung vor allem der Jüngsten in unserer Stadt. Zudem ist er ein Experte für die Themenfelder IT und Kommunikation.

Stephan Bednarski

-Er ist ein Fachmann für das Thema Tagespflege und Existenzgründung. Auch er bringt Erfahrungen im Bereich moderne Kommunikation und IT ein.

Die Kommunalwahl am 25. Mai 2014

Durchblicken.
Zukunft wählen.
Mitmachen.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die *BmU* als unabhängige Kraft im Erkrather Stadtrat.

Stärken Sie mit Ihrer Stimme die UWG-ME als unabhängige Kraft im Kreistag.

Die CDU hat in den vergangenen Jahren wenig Initiative gezeigt. Sie hat zwar laut kritisiert, wenn es um die Haushalte, das Stadtentwicklungskonzept oder das Abschalten einiger Laternen ging, aber in keiner Weise eigene und für die Zukunft tragfähige Vorschläge zum Sparen oder zur Stadtentwicklung eingebracht. Beim Thema Stadtentwicklung verweigerte sie sich einem Kompromiss und verbleibt stattdessen bei einem Denken der 60er- und 70er-Jahre: Wachstum durch Bebauung von Außenflächen, obwohl die Einwohnerzahl angesichts des demographischen Wandels zurückgeht. Teilweise stimmte die CDU-Fraktion sogar gegen die Auffassung ihres CDU-Bürgermeisters Arno Werner.

In der Presse äußerte die CDU zwar jährlich den Wunsch, mit der *BmU* zusammenzuarbeiten. Allerdings zeigte sie dazu real keine eigenen Aktivitäten. Verhandlungsangebote von Seiten der *BmU* wurden meist schon im Ansatz abgelehnt oder ignoriert. Nach den internen Querelen im Herbst 2013, auf deren Höhepunkt der Vorsitzende M. Krechel zurückgetreten war, ist zu hoffen, dass die CDU zu einer Linie findet und auf dieser wieder gesprächsbereit und offen für eine ernsthafte Auseinandersetzung ist.

Bündnis 90/Die Grünen zeigen eine eifrige Arbeit mit vielen Anträgen. Jedoch gerät dabei zum Teil die prekäre Finanzlage der Stadt aus dem Blick und so manche Diskussionen waren ideologisch und mehr durch Lautstärke geprägt. Der Fundi-Flügel hat bei den Erkrather Grünen das Sagen, daher auch die Blockade des Stadtentwicklungskonzeptes. Wenig hilfreich, wenn die Grünen zu Gesprächsbereitschaft aufrufen, aber sofort äußern, dass man von der grünen Position nicht abweichen würde.

Mit der SPD kann die *BmU* meist gut zusammenarbeiten. Eine klare Ausnahme ist allerdings oft der Bereich der Schulpolitik, in dem die Errichtung einer Gesamtschule sehr unterschiedlich gesehen wird. Die SPD hat sich finanzpolitisch auch dem Thema gesunde Finanzen genähert und sich wie die *BmU* konstruktiv für das

Stadtentwicklungskonzept eingesetzt. Allerdings geht es der SPD bundesweit nicht gut, wie die letzten Wahlen immer wieder gezeigt haben.

Dennoch hofft die *BmU*, dass sie zusammen mit der SPD eine Mehrheit für das Stadtentwicklungskonzept erzielen kann.

Erkrath braucht keine Piraten: Deren Grundgedanken einer transparenten Politik verfolgt die *BmU* schon seit Jahren: Die Einrichtung des Ratsinformationssystems (unter www.erkath.de) und eines Antikorruptionskatasters geht auf die *BmU* zurück. Genauso die öffentliche Diskussion der Haushalte der Stadt.

Selber geht die *BmU* mit gutem Beispiel voran:

Auf ihrer Internetseite (www.bmu-erkath.de) veröffentlicht sie jeden Spender (ab 100€) und informiert umfassend über ihre aktuelle und vergangene Arbeit.

Auf ihrer Facebook-Seite (www.facebook.com/bmu.erkath) bietet sie zudem ein Online-Diskussionsforum.

Und wer noch näher dran sein möchte, ist herzlich zu den Fraktionssitzungen eingeladen (Montag-Abend im Gebäude der Hauptschule Hochdahl), diese sind bis auf wenige Ausnahmen (bei nicht-öffentlichen, d.h. geheimhaltungspflichtigen Themen) immer öffentlich. (Bei Interesse bitte vorher unter bmu@bmu-erkath.de melden, um genaue Uhrzeit und Raum abzuklären.)

Die *BmU* ist unabhängig.

Unabhängig von Parteistrukturen: Ohne Vorgaben einer Bundes- und Landespartei politik. Stets an einer großen Bürgerbeteiligung interessiert.

Finanziell unabhängig: Die *BmU* finanziert sich nicht durch Großspender, auch gibt es bei Kommunalwahlen keine Parteienfinanzierung wie bei anderen Wahlen. Die Ratsmitglieder der *BmU* führen mindestens 60% ihrer Aufwandsentschädigungen für die politische Arbeit der *BmU* ab, z.B. für Informationsmaterialien oder den beliebten Stadtplan, die sehr stark nachgefragte Einkaufsbeutel bzw. den Key-Refinder.

Die *BmU* wird keine Koalitionsaussage machen und angesichts der momentanen politischen Lage in Erkrath keine Koalition eingehen.

Die Erfahrungen der Kooperation mit SPD und Grünen von 2009 bis 2011 zeigen, dass aus Sicht der *BmU* die Bindung an ein Lager sachpolitisch nicht sinnvoll ist.

Wie in den vergangenen Jahren wird die *BmU* allen Fraktionen gegenüber aufgeschlossen und gesprächsbereit sein, pragmatisch und sachpolitisch orientiert.

So konnten zwischen 2009 und 2014 sachbezogen je nach Thema sowohl Mehrheiten zusammen mit SPD-Grünen als auch mit der CDU gebildet werden.

Die *BmU* zeigt sich immer wieder als Mitte, als Mittler zwischen den Lagern.

Angesichts der gleichzeitig ablaufenden Europawahl wird es für die *BmU* sicher nicht leicht, das starke Wahlergebnis von 2009 mit 18,7% und somit 9 Ratsmandaten auszubauen. Dennoch ist unser Ziel: „10 Mandate plus X“ für Erkraths Zukunft wichtig,

damit das Stadtentwicklungskonzept eine Mehrheit bekommt und die Bremser von CDU und Grünen nicht weiter blockieren können.

Wir hoffen, dass wir Sie mit unserem Fokus auf Erkrath überzeugen können:

Wählen Sie am 25. Mai 2014 die

***BmU* – Bürger mit Umweltverantwortung -
unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath e.V.!**

**Und wählen Sie am 25. Mai 2014 bei der Kreistagswahl die
UWG-ME**

- unabhängige Wählergemeinschaft des Kreises Mettmann

Melden Sie sich zudem zu Wort, sagen Sie der *BmU* oder den Parteien Ihre Meinung. Nennen Sie uns Ihre Vorschläge, Ideen oder auch Kritik.

Am nächsten dran sind Sie natürlich, wenn Sie einfach bei uns mitmachen!
Die *BmU* ist ein eingetragener Verein, eine Gemeinschaft unabhängiger Wähler aus Erkrath, die Politik in Erkrath nicht den Parteien allein überlassen wollen.
Unabhängig, nur Erkrath verpflichtet.

Es gibt viel zu tun. Machen Sie mit!

Immer auf dem neuesten Stand sind Sie auf den Seiten der *BmU*:

- www.bmu-erkrath.de
- www.facebook.com/bmu.erkrath

***BmU* e.V. – Bürger mit Umweltverantwortung
- unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath**

Bernhard Osterwind

Fraktionsvorsitzender *BmU* Erkrath e.V.

Kreistagsabgeordneter UWG-ME

Erkrath, Bergstraße 13, Tel.: 02104/46506

bmu@bmu-erkrath.de

Christian Ritt

Vorsitzender *BmU* Erkrath e.V.

Mitglied des Stadtrates

Erkrath, Kirchberg 36

ch.ritt@bmu-erkrath.de

